

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verstandsstelle in
Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV.
(Volkshaus) Aufgang Boder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelte Gevaltene Kleinzeile 1.—Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluß: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 43

Sonnabend, den 26. Oktober 1929

33. Jahrgang

Zunehmende konjunkturelle Arbeitslosigkeit

Die amtliche Statistik rechnet die steinindustriellen Berufe zu denen mit „berufssüdlicher“ winterlicher Arbeitslosigkeit. Daraus wird allgemein geschlossen, daß diese Berufe im Frühling, Sommer und Herbst gut beschäftigt sind, was sich von dem laufenden Jahre gewiß nicht sagen läßt.

Auf 100 Mitglieder entfielen Arbeitslose

	im Steinarbeiterverband	im ADGB-Durchschnitt	A. Konjunkturgruppe	B. Saisongruppe
Ende Januar	58,7 Prozent	10,3 Prozent	58,4 Prozent	
Februar	76,7	11,4	68,1	
März	32,8	10,6	43,3	
April	11,7	9,2	19,2	
Mai	6,3	8,6	11,0	
Juni	5,0	8,4	9,2	
Juli	7,9	8,6	8,9	
August	10,1	8,6	10,4	
September	12,9	8,9	12,8	

Nur die Monate Mai, Juni, Juli wiesen eine verhältnismäßig günstige Konjunktur auf, blieben ihre Arbeitslosenziffern doch gar unter der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit der Konjunkturgruppe des ADGB.

Im Vergleich zu den Vorjahren war aber auch diese sommerliche, also konjunkturelle Arbeitslosigkeit außerordentlich hoch, wie folgende Aufstellung zeigt:

Arbeitslose von 100 Mitgliedern

	1925	1926	1927	1928
im Steinarb.-Verband	im ADGB Steinarb.-Verband	im ADGB Steinarb.-Verband	im Steinarb.-Verband	im ADGB Steinarb.-Verband
Ende Mai	1,1	3,6	8,2	18,5
Juni	0,8	3,5	7,5	18,3
Juli	0,8	3,7	8,4	17,9
August	0,8	3,7	8,4	17,9
September	0,8	3,7	8,4	17,9
noch in letzter Zeit	3,7	8,4	17,9	1,3
				5,6
				4,2
				6,3

Noch in reitem der letzten Jahre war die Konjunktur des Spätsommers und Herbstes so schlecht wie in diesem Jahre:

Arbeitslose von 100 Mitgliedern

	1925	1926	1927	1928
im Steinarb.-Verband	im ADGB Steinarb.-Verband	im ADGB Steinarb.-Verband	im Steinarb.-Verband	im ADGB Steinarb.-Verband
Ende Aug.	1,7	4,3	9,3	17,0
Sept.	2,1	4,5	6,4	15,6
August 1929	10,1	9,0	12,9	9,6

Anmerkung: Soweit in den Arbeitslosenziffern des ADGB keine Trennung der Gruppen (Konjunktur- und Saisongruppen) vorgenommen ist, ist die durchschnittliche Gesamtarbeitslosigkeit angegeben.

Auf die Landesarbeitsamtsbezirke verteilt sich die gemeldete Arbeitslosigkeit wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirk	Jahrl. der Mitglieder, über die berichtet wurde	davon arbeitslos
	absolut	v. H.
Ostpreußen	774	201
Schlesien	9644	1515
Brandenburg	3511	424
Pommern	1182	234
Nordmark	2566	224
Niedersachsen	2112	271
Westfalen	501	95
Rheinland	2560	464
Hessen	5388	536
Mitteldeutschland	4794	805
Sachsen	13080	1445
Bayern	6512	630
Südwestdeutschland	2522	274
Im Reich	55146	7118

Leider haben von 780 Zahlstellen mit 73 208 Mitgliedern trotz wiederholter Mahnung wieder nur 493 Zahlstellen mit 55 146 Mitgliedern berichtet.

Nicht berichtet haben 287 Zahlstellen mit 18 062 Mitgliedern.

Nach den beiden Hauptberufsgruppen gegliedert ergibt sich folgendes Bild:

Landesarbeitsamtsbezirk	Jahrl. der Mitglieder, über die berichtet wurde	Steinarbeiter	Steinseizer	davon arbeitslos
	Steinarbeiter	Steinseizer	absolut	v. H.
Ostpreußen	275	499	5	1,8
Schlesien	8296	1348	1264	15,2
Brandenburg	1348	2163	133	9,8
Pommern	334	848	—	234
Nordmark	790	1776	71	9,0
Niedersachsen	1039	1073	133	12,8
Westfalen	343	158	68	19,8
Rheinland	2033	527	348	17,1
Hessen	4463	925	356	7,9
Mitteldeutschland	3251	1543	569	17,5
Sachsen	11702	1378	1296	11,0
Bayern	6215	297	565	9,0
Südwestdeutschland	2425	97	261	10,7
Im Reich	42514	12632	5069	11,9

Am schlechtesten waren die mit dem Straßenbau zusammenhängenden Berufe (Plastersteinmacher, Bordsteinbauer, Steinschläger, Steinseizer und Rammer) beschäftigt. Als katastrophal muß um diese Zeit besonders die Arbeitslosigkeit in Ostpreußen bezeichnet werden. Getrennt vom Mutterlande fällt es dort besonders schwer, die Wirtschaft im vollen Maße aufrecht zu erhalten.

Nicht zum wenigsten schuld an der Misere sind die industriellen Kreise (die der Steinindustrie mit eingeschlossen), die zur Unter-

Das Arbeitsbeschäftigungsproblem der Erwerbslosen

Im Reichsarbeitsblatt Nr. 28 werden weitere Ergebnisse der Erhebung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung über das Arbeitsbeschäftigungsproblem der Hauptunterstützungsempfänger im Lekten Jahr vor der Arbeitslosmeldung veröffentlicht. Nun mehr ist ein Gesamtübersicht der Schätzungen von über zwei Millionen Erwerbslosen in den Wechselseiten des Berufslebens möglich. Die Erhebung erfolgte am 15. März. Da um diese Zeit eine große Anzahl von Arbeitslosen vorhanden war, konnte ein sehr großer Teil erfaßt werden. Versuchen wir uns aus dem umfangreichen Material die Hauptmerkmale herauszuheben.

Gegen Arbeitslosigkeit sind 17 bis 18 Millionen Personen versichert. Seit Bestehen der Arbeitslosenversicherung haben diese kaum mehr als 30 bis 35 v. H. der Gesamtzahl in Anspruch genommen, d. h. also rund 5½ Millionen Arbeitnehmer. Von diesen konnten rund 2 Millionen oder 35 v. H. durch die Erhebung erfaßt werden. Allerdings konnte nur bei 1,5 Millionen Arbeitslosen das Arbeitsbeschäftigungsproblem zurückspringen. Da am Tage der Erhebung das Baugewerbe fast vollständig danebenlag, sind die Bauarbeiter mit 420 000 sehr stark vertreten. Daneben wurden erfaßt 165 000 Metallarbeiter, 110 000 der Industrie der Steine und Erdöle, 85 000 Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, 80 000 des Holz- und Schnittstoffgewerbes, je 60 000 für das Bekleidungs- und Verfertigungsgewerbe, 60 000 Angestellte und andere Berufe. Die Gesamtzahl der erfaßten Erwerbslosen gliederte sich in 1760 837 männliche und 303 515 weibliche. Im letzten Jahr vor der Arbeitslosmeldung haben 64,7 v. H. keine Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung erhalten. Von dem Rest hatten Arbeitslosenunterstützung aus der Versicherung erhalten bis 13 Wochen 20,2 v. H., von 13 bis 25 Wochen 14,8 v. H., 26 Wochen 0,2 v. H. und über 26 bis 39 Wochen 0,1 v. H. Krisenunterstützung hatten insgesamt 3,3 v. H. der Hauptunterstützungsempfänger bezogen.

Sehr ausschlagreich sind auch die Feststellungen über die im letzten Jahr durchgemachten Krankheiten, die zur Arbeitsunfähigkeit geführt hatten. Im letzten Jahr vor der Arbeitslosmeldung waren 285 005 Personen arbeitsunfähig krank. Und zwar bis 13 Wochen 16,3 v. H., von 13 bis 25 Wochen 1,7 v. H. und der Rest längere Zeit.

Wenn man die bisher genannten Schätzungen zusammen betrachtet, so ergibt sich folgendes: zeitweise Arbeitslosenunterstützung bezogen 35,3 v. H., Krisenunterstützung bezogen 3,3 v. H., zeitweise arbeitsunfähig krank waren 18,6 v. H. und von den sonstigen Verlängerungszeiträumen machten 1,3 v. H. Gebrauch. Die hohe Zahl der arbeitsunfähigen Kranken fällt auf. Daneben ist aber auch die Tatsache von Beachtung, daß mehr als ein Drittel sämtlicher Hauptunterstützungsberechtigter innerhalb eines Jahres bereits Arbeitslosenunterstützung bezogen haben.

Das Arbeitsbeschäftigungsproblem nach der Dauer in Wochen durchschnittszahlen aller Hauptunterstützungsempfänger gibt einen sozialpolitisch wichtigen Aufschluß. Für jeden der erfaßten Personen errechnen sich eine versicherungspflichtige Be-

beschäftigung von 41,4 Wochen, eine Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung (bzw. Erwerbslosenversorgung) von 4,0 Wochen, eine Krisenunterstützung von 0,5 Wochen, eine Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit von 1,1 Wochen, sonstige Verlängerungszeiträume von 0,2 und Sperrfristen, Wartezeiten, nicht nachgewiesene Zeiten usw. von 4,8 Wochen. — Von den Hauptunterstützungsempfängern, die im Jahre vor der Arbeitslosmeldung unterstützt wurden, betrug die durchschnittliche Dauer der Transaktionen in der Arbeitslosenversicherung 11,3 Wochen, die Transaktionen in der Krisenunterstützung 13,6 Wochen, und die Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit 6,8 Wochen. Dieses Ergebnis zeigt, daß die Arbeitslosenunterstützung verhältnismäßig lange in Anspruch genommen werden mußte. Die Krisenunterstützung war noch länger der letzte Halt und die Krankheitsdauer betrug mehr als 6 Wochen.

Die Frauen nahmen die einzelnen Unterstützungswege länger in Anspruch als die Männer. Die Unterstützungszeit betrug bei den Frauen bei der Arbeitslosenversicherung durchschnittlich 11,9 Wochen, Krisenunterstützung 14,3 und bei Krankheit 7,7 Wochen.

Wesentliche Unterschiede ergeben sich, wenn man die einzelnen Berufsarten in den Blickkreis der Betrachtungen zieht. Da die Reichsanstalt aber 28 verschiedene Berufsgruppen und Beschäftigungsarten unterscheidet, so ist deren gesonderte Betrachtung im Rahmen eines Artikels natürlich unmöglich. Bemerken möchten wir nur, daß von den Arbeitern des Baugewerbes 56,4 v. H. Arbeitslosenunterstützung innerhalb eines Jahres bezogen hatten, dagegen nur 11,8 v. H. im Spinnstoffgewerbe. In der Land- und Forstwirtschaft waren 37 v. H. der Arbeiter im vorangegangenen Jahre beschäftigungslos. Die Krankheitsdauer war mit 12,1 Wochen am längsten in der Gruppe Bergbau, Hüttens- und Salinenwesen und mit 5,2 Wochen am kürzesten im Baugewerbe.

Alles in allem — das Arbeitsbeschäftigungsproblem aller Arbeiter und Angestellten ist reichlich. Auf schwankendem Boden müssen die meisten Menschen ihre Tage verbringen.

Doch mehr als ein Drittel der untersuchten Personen innerhalb eines Jahres Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, ist hierfür Beweis genug. Auch ist nicht zu vergessen, daß fast ein Fünftel arbeitsunfähig krank war. Von den übrigen Schätzungen ganz zu schweigen. Es ist in der Tat eine Tragödie, wie das Leben mancher Arbeiter und Angestellten verläuft. Viele wissen nicht, ob sie in der kommenden Woche noch Beschäftigung haben. Nun stelle man sich in diese Verhältnisse hinein und denke sich die Arbeitslosenunterstützung weg — es ist wirklich nicht auszudenken, daß es Leute geben könnte, die der Abschaffung dieses Unterstützungswege das Wort reden. Oder man denke sich die Krisenunterstützung in eine Sparkasse nach dem Muster von Harz oder Horneffer umgewandelt! Gerade die Untersuchung der Reichsanstalt im März dieses Jahres hat gezeigt, daß Sozialpolitik niemals notwendiger war als heute. Mit ihr ist der Bestand der deutschen Wirtschaft verbunden.

Bindung gemeindlicher Anleihen vom Ausland beigetragen haben durch ihr allgemeines Gefrei nach größerer Sparsamkeit der Gemeinden. Sie schützen sich dadurch nicht nur ins eigene Fleisch, sondern auch in das der vielen Tausenden von Arbeitern und Angestellten. Die Privatwirtschaft ist mit der öffentlichen Wirtschaft so eng verknüpft, daß die erste ohne die letztere nicht auskommen kann. Nachdem verschiedene prominenten Privatwirtschaften das Wasser bis an den Hals steht, tritt man auch in diesen Kreisen für ausländische Anleihen der Gemeinden ein und so steht zu hoffen, daß mit Hilfe dieser auch der Straßenbau wieder belebt werden wird.

geben habe, die bestehenden sozialen Gegensätze daher als unabhängig zu betrachten sind. Das Gerede von der göttlichen Weltordnung, in der es Herren und Knechte geben müsse, ist zwar im allgemeinen verstummt, die ihm zugrunde liegende Auffassung besteht aber in den Kreisen der bestehenden Klasse und ihrer Vertreter weiter.

Es gab Zeiten, wo sich die arbeitenden Volkschichten mit derartigen Redensarten und Ausprüchen über ihr Schicksal hinwegtäuschen ließen. Für einen großen Teil der Arbeiterklasse sind sie aber vorüber. Man hat dort den Glauben an eine göttliche Weltordnung verloren und sieht, gestützt auf die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, die bestehende Ordnung der Dinge sowie die vorhandenen Klassenunterschiede mit anderen Augen an. Daß ein derartiger Wandel der Anschauungen eingetreten ist, dazu hat in hohem Maße die moderne Arbeiterbewegung, insbesondere die Gewerkschaftsbewegung, beigetragen. Selbst in den kirchlich gesinnten und konfessionell eingestellten Arbeiterkreisen ist dieser Glaube stark ins Wanken geraten und die Überzeugung nimmt zu, daß die in der bestehenden kapitalistischen Wirtschaft vorhandenen sozialen und kulturellen Unterschiede nicht auf den Willen eines höheren Wesens zurückzuführen sind, sondern auf einer zwar langen, aber von Menschen beeinflußten und durch unausgefehlte wirtschaftliche Klassenkämpfe vorwärts getriebenen ökonomischen Entwicklung beruhen. Damit verlieren auch sie den Glauben daran, daß die Verhältnisse so bleiben müssen. Wenn auch vielfach noch unbewußt, nähern sie sich damit immer mehr den Anschauungen der klassenbewußten Arbeiterschaft, daß die gegenwärtige kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht den Höhepunkt und den Abschluß der ökonomischen Entwicklung darstellt, und auch für die heutige wirtschaftliche Entfernung sowie sozial niedrigstehenden die Voraussetzungen für ihren sozialen und kulturellen Aufstieg bestehen.

Es ist der Sozialismus, der diesen Umschwung hervorgerufen hat und immer mehr Köpfe für sich in Besitz nimmt! Millionen sind durch ihn bereits aus geistigem Schlaf aufgerüttelt worden. Wenn auch vielfach widerstreitend, haben immer mehr die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses mit ihren Klassengenossen und gemeinsamen Vorgehens zur Verbesserung ihrer sozialen und kulturellen Lage erkannt. Für die arbeitende Klasse gibt es hierfür keinen anderen Weg, als die Organisation und das planmäßige, zielbewußte Streben nach einem größeren Anteil an dem Ergebnis ihrer Arbeit, mehr Ruhe, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen sowie schließlich Umgestaltung der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsordnung. Das letztere Ziel darf dabei von den Arbeitern nicht aus dem Auge verloren werden, denn die endgültige Befreiung aus der heutigen Lohnknechtlichkeit sowie die Befestigung der bestehenden Klassengegensätze hat die Arbeiterschaft nur von der Durchführung des Sozialismus und einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung zu erwarten.

In gewissem Umfang ist zwar ein sozialer und kultureller Aufstieg auch ohne Sozialismus möglich. Es zeigt sich das in Amerika, wo innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sozialistische Bestrebungen nur sehr schwach auftreten. In neuerer Zeit wird von verschiedenen Seiten den deutschen Gewerkschaften die Nachahmung dieses Beispiels empfohlen, indem man von der Ausbildung aller Weltanschauungsfragen eine Einigung der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen sowie das Zustandekommen einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung erhofft. Diese Auffassung beruht jedoch auf Irrtum und Verkennt der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen. Diese gehen unzweifelhaft in der Richtung des Sozialismus. Eine von ihm losgelöste Gewerkschaftsbewegung würde jedes idealen Ziels und geistigen Inhalts beraubt, zum bloßen Lohnforderungsapparat herabgedrückt. Der soziale und kulturelle Aufstieg der Arbeiterklasse wird aber durch Lohnbewilligungen allein nicht erreicht. Insbesondere werden die bestehenden Klassengegensätze auf diesem Wege nicht beseitigt. Diese muß aber von der Arbeiterklasse angestrebt werden, wenn sie ihre volle Gleichberechtigung herbeiführen will. Deshalb kann sie sich in dem Kampf um ihren sozialen und kulturellen Aufstieg vom Sozialismus nicht lösen, denn nur sein Sieg kann die Lösung der sozialen Fragen bringen, die das Entstehen der modernen Arbeiterbewegung hervorgerufen haben und um die bisher mit unleugbarem Erfolge der Kampf geführt wurde. Mitt.

Die deutsche Wirtschaft

„Wir sind verpflichtet, uns ein Bild von der wirtschaftlichen Lage zu machen unter Beobachtung allen Materials, das verfügbar ist. Es ist ja im Grunde wenig und unser Wissen reicht nicht aus, um ein umfassendes und doch in allen Einzelheiten richtiges Bild des Wirtschaftsgebäudes zu zeichnen, denn dieses Gebäude ist von so viel Schleier umhüllt, daß wir nur Teile überblicken können. Wenn wir das Bild trocken zeichnen, so müssen wir eben konstruieren.“ So schreibt sehr richtig Professor Paul Hermberg in seiner Schrift „Die deutsche Wirtschaft“, die eine erweiterte Niederschrift seines vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten fürschrift gehaltenen Vortrages darstellt. Jeder, der sich ein Gesamtbild von der deutschen Wirtschaft zu machen bemüht, einerlei ob Praktiker oder Theoretiker, wird diese Worte Hermbergs unterschreiben können. Mit besonderem Interesse wird man die Ausführungen eines Professors lesen, der, wie Paul Hermberg, zu den leider sehr wenigen gehört, die bemüht sind, die Wirtschaft vom Gesichtspunkte der breiten Masse der Bevölkerung zu sehen.

Die Darstellung Hermbergs gewinnt vor allem dadurch an Wert, daß die von ihm erhobene Mahnung: „Wir sollten uns nicht sorgen lassen von den bequemen Vorurteilen“, von ihm selbst weitgehend beachtet wird. Hermberg ist einer der wenigen, für die die allgemeine Meinung an sich nicht ohne Weiteres zu Recht besteht, die immer wieder prüfen, inwieweit das allgemein gegebene Bild des deutschen Wirtschaftslebens tatsächlich paßt. Diese seine Einstellung macht Hermbergs Ausführungen stets sehr interessant, hierin liegt aber auch eine Schwäche. Sieht Hermberg Probleme, die in der allgemeinen Diskussion nicht weiter beachtet werden, dann widmet er ihnen meistens eine so große Aufmerksamkeit, daß er fast ihr Gefangen wird, dann läßt er sich von ihnen etwas führen, dann nehmen seine Konstruktionen einen etwas eigenartigen Charakter an. Doch jedesmal bringt er hierbei so interessante Gesichtspunkte, daß es sich lohnt, auch an dieser Stelle einmal diesen Gedankengängen nachzugehen. Wir wollen dabei nicht den Inhalt seines Vortrages wiedergeben, sondern nur auf einige Punkte hinweisen.

Eingehend besaß er sich mit dem heute oft gehörten Satz: „Eine Kapitalbildung ist das Gebot der Stunde“. Er fragt: „Ist nicht die Setzung einer solchen Aufgabe vom Standpunkt des arbeitenden Menschen, der von dem Verlauf seiner Arbeitskraft leben muß, höchst bedenklich und gefährlich?“ Er hält die Frage der Kapitalbildung nicht für so bedenklich, wie es allgemein hingestellt wird, weil der Bevölkerungsübergang uns automatisch andere Probleme stellt, er glaubt sogar, daß anstelle des Schlagwortes: „Volk ohne Raum“, das „Raum ohne Volk“ treten wird. Der Statistiker Hermberg bringt zu diesem Problem eine Fülle interessanter Zahlen. Aus Raumgründen können wir nur das Ergebnis mitteilen: In der Vorkriegszeit hätte der Bevölkerungszuwachs dem deutschen Arbeitsmarkt jährlich etwa 400 000 Arbeitskräfte neu zugeführt, im laufenden Jahre werden es nur noch 147 000 sein, 1930 gar nur 15 000, in den folgenden drei Jahren werde nicht mit einer Zunahme, sondern mit einem Rückgang um 100 000 zu rechnen sein, bis 1940 werde sich alsdann die jährliche Zunahme zwischen 100 000 und 200 000 bewegen. Dieser abnehmende Zuwachs an Erwerbstätigen bedeute eine wesentliche Entlastung für den Kapitalmarkt. Über den Umfang dieser Entlastung gibt Hermberg leider keine eigenen Berechnungen sondern nur Schätzungen, die er selbst für etwas fragwürdig hält.

Und die Zahl der Arbeitslosen? So fragt sich wohl jeder Leser sofort. Wird es möglich sein, diese Arbeitslosen, begünstigt durch das Moment des Geburtenrückgangs, in die Wirtschaft wieder einzurichten, und zwar ohne die Notwendigkeit einer größeren Kapitalbildung? Es ist die empfindlichste Schwäche der Hermbergschen Schrift, daß es diese Frage leichtlich abtut, behauptet, daß die Arbeitslosigkeit weitgehend saisonal und konjunkturbedingt sei und daß nur etwa $\frac{1}{2}$ Million Arbeitskräfte zuviel in Deutschland seien.

Interessante Ausführungen macht Hermberg außerdem zu dem Problem des Abbaus deutscher Erzeugnisse im Auslande und auf dem heimischen Markt. In den Vordergrund dieser Betrachtungen stellt er die Behauptung, daß die Hauptabnehmer deutscher Waren in Deutschland selbst sitzen, daß höchstens 20 v. H. der

Produktion als Ausfuhr über die Grenzen gehe. Über diese Ausfuhr braucht man sich nach Hermberg keine Sorge zu machen, er hält die Auffassung, daß die deutsche Wirtschaft wegen des Fehlens von Absatzmöglichkeiten im Ausland große Schwierigkeiten erleiden werde, für falsch. Auch hier scheint Hermberg doch etwas schief zu sehen. Sicherlich würde es eine wesentliche Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes zur Folge haben, wenn wir die Ausfuhr noch etwas erhöhen könnten, was uns leider infolge der allgemeinen protektionistischen Politik sehr erschwert wird. Über den Absatz auf dem heimischen Markt kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß der Güterverbrauch im Inneren ganz beträchtlich gewachsen, dieser gestiegene Verbrauch aber nicht in der Lebenshaltung der breiten Massen zur vollen Auswirkung gekommen sei, sondern mehr im Ausbau des Produktionsapparates.

Schließlich sei noch kurz auf Hermbergs Ausführungen über die Entwicklung des Reallohns hingewiesen, er hält die bestehenden Statistiken hierüber nicht für ausreichend, vor allem seien bei der Berechnung des Lebenshaltungsindex die einzelnen Posten nicht ihrer Bedeutung gemäß voll gewertet. Nach seiner Meinung müsse der Lebenshaltungsindex auf 175 stehen. Somit ist der Reallohn des gelernten Arbeiters sicherlich nicht gestiegen, für den ungelernten Arbeiter etwas gleichgeblieben. Es ist ange deutet worden, daß man Hermberg nicht immer in seinen Konstruktionen folgen kann, doch dies hindert nicht, diesem Beitrag zur Deutung der deutschen Wirtschaftslage Anerkennung zu zollen. Die oben gemachten Bemerkungen dürften zur Lektüre der Schrift anregen.

Dr. W. Grotkopp.



Gesperrt:

2. Gau: Breslau ist von Marmorschleifern zu meiden, da nach dem Streik noch nicht alle wieder eingestellt sind.

3. Gau: In Grimma die Pflastersteinwerke (genannt: Schwemmeleich), Inhaber Weigelt, der keinen Lohn zahlt. Wer sich also vor Schaden schützen will, meide den Betrieb.

4. Gau: In Osterholz die Betriebe der Osterholzer Sandsteinbrüche AG.

5. Gau: In Haldensleben die Firma Schneider und in Hüls bei Krefeld, Marmorwerk, Firma Joseph Törsen wegen Lohndifferenzen. Kein Steinmeier oder Marmorarbeiter darf auf Arbeitsangebote reingefallen. — Von Elberfeld bleiben Steinmeier fern, Unternehmer lehnen jede Lohnverhandlung ab.

6. Gau: In Odenwaldbezirk, (Werkstein- und Pflastersteingruppe). Der Lohnkampf über die Entlohnung der Reparationsarbeiten (Pflastersteine und Randsteine), nimmt immer ernstere Formen an. Ein am 3. d. M. ergangener Schiedsspruch wurde von den Kollegen abgelehnt. Zugang ist unter allen Umständen fernzuhalten.

9. Gau: In Friedberg-Gauerbach der Betrieb der Firma Damm wegen Nichteinhaltung des Tarifes und Schikanierung der Kollegen. Arbeitsangebote der Firma müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

Streik:

1. Gau NW: Im Kreis Wittmund bei der Firma Baumann & Co. in Emden, Steinseher und Berufsgenossen wegen Maßregelung und Tarifdifferenzen.

*

Die Berufsgesahren bei der Steinbruchsarbeit. Die „Striegauer Volkszeitung“ vom 16. Oktober berichtet über einen schweren Unglücksfall im Betriebe der Vereinigten Schlesischen Granitwerke in Gräben: Durch eine vorzeitige Pulverzündung wurde am 16. Oktober, gegen 8 Uhr, der 21jährige Steinarbeiter Hermann Obst aus Gräben schwer verletzt. Durch den Lustdruck wurde Obst ein Stück weggeschleudert. Seine Sachen fingen sofort Feuer. Schwere Verbrennungen am ganzen Körper bereiteten dem Verletzten unzählige Schmerzen. Die Haut hing teilweise in Fugen vom Körper. Nach Anlegung von Notverbinden wurde der Verletzte in ein Krankenhaus gebracht. Die Mutter des Verletzten kam aus dem Kreisfahrzeuge zu gegründet. Die Mutete des verunglückten Arbeiters versieht die Aufräumungsarbeiten in der Frühstücksstube des Bruches; für sie war es ein überaus schmerzlicher Anblick, ihren Sohn so leiden zu sehen.

Die Basaltindustrie des Westerwaldes



Unter vorstehender Überschrift brachte die „Königliche Zeitung“ im Handelsblatt Nr. 365 b vom 7. Juli einen ausschlußlichen Aufsatz, der auch uns beruflich interessiert. Als selbstverständlich werden unsere Leser daraus auch entnehmen können, daß wir nicht etwa die Schilderung im einzelnen uns zu eigen machen, denn der Berichterstatter hat sich alle seine Unterlagen von den Arbeitgebern geholt, ohne auch von den beiden im Westerwald vorhandenen Gewerkschaften der Steinarbeiter sich ähnliches zu besorgen. Dann wäre das Kolorit, soweit das Soziale in Betracht kommt, sicherlich anders ausgefassen. Trotz dieses Mangels ist die Abhandlung informierend über jenes Wirtschaftsgebiet der Natursteinindustrie, und nur aus diesem Grunde geben wir daraus einen Auszug:

„Eine ziemlich unbekannte Industrie“ — so überschreibt der Verfasser den ersten Teilabschnitt seiner Arbeit. Die Basaltindustrie, so führt er dann zur Begründung aus, gehört zu den Industrien, von denen man in der Öffentlichkeit nicht allzuviel hört. Die Kritik beschäftigt sich nicht sehr oft mit ihr. Zur Zeit der Geschäftsschlüsse treten die in der Form der Aktiengesellschaft betriebenen Unternehmen und damit auch diese Industrie etwas mehr in den Vordergrund, besonders dann, wenn Aktiengesellschaften in den Generalversammlungen, wie vor kurzem, Klage über die Dividendenlosigkeit führen. Der Hauptgrund für dies, wenn der Ausschuss gestaltet ist, Blühen im Verborgenen, liegt wohl darin, daß bei dieser Industrie der Weg zwischen Erzeuger und Verbraucher einerseits sehr kurz ist und andererseits hauptsächlich einige Großverbraucher von maßgebender Bedeutung sind. Nur so ist auch der bisher wohl nur in dieser Industrie unternommene Verlust des freiwilligen Zusammenschlusses der Erzeuger und Verbraucher in der Form einer Arbeitsgemeinschaft erkläbar. Die Bedeutung der Basaltindustrie ist größer, als es im allgemeinen nach außen hin den Anschein hat. Die Eisenbahnwagenanforderung der Kohlenindustrie beträgt ungefähr 42 Prozent, der Eisenindustrie 5–6 Prozent und der Steinindustrie 16 Prozent. Es handelt sich bei der Basaltindustrie um einen wichtigen Rohstoff, dessen Gewinnung und Verarbeitung zahlreichen Arbeitern und Angestellten Verdienstmöglichkeiten gibt und der für die Entwicklung des modernen Verkehrswesens eine große Rolle spielt.

Einzelne Teile Deutschlands haben durch die Entwicklung der dort heimeligenen Basaltindustrie einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung mit den entsprechenden Ausstrahlungen auf sozialem und kulturellem Gebiet erlebt. Dies gilt ganz besonders für den Westerwald, der früher mit Recht im allgemeinen als „armer Westerwald“ bezeichnet wurde. In den letzten Jahrzehnten ist hier eine wesentliche Veränderung eingetreten. Die ärmlichen Dörfer und ihre gebückten mit Stroh gedeckten Häuser haben vielfach schmucke, sauberen Ansiedlungen Platz gemacht. Wasserversorgung und elektrisches Licht sind weit vorgedrungen, die Straßen gut instandgehalten. An dieser Entwicklung hat die Steinindustrie des Westerwalds einen wesentlichen Anteil. Der Ausbau dieser Industrie ist um so wichtiger und auch von bevölkerungs-

politischer Bedeutung, als sie viele Arbeitskräfte, die durch den Rückgang des Erzbergbaues an Sieg, Dill und Lahm und des Braunkohlenbergbaues auf dem Westerwald frei wurden, aufnehmen und so eine Abwanderung verhindern könnten, die durch die für dieses Gebiet typische Erscheinung von Industriearbeiter und Bauer in einer Person erheblich war und, wenn doch notwendig, von ganz besonderem Nachteil sein mußte. Die Westerwälder Basaltindustrie ist vor allem in den letzten drei Jahrzehnten ausgebaut worden. Die in diesem Zeitraum im Westerwald und an der Bahn vorgenommenen Kapitalinvestitionen werden von Fachkreisen auf etwa 40 Millionen Mark geschätzt, also auf eine ansehnliche Summe. Stellt man dem derzeitigen Jahresumsatz diese Summe investierten Kapitals gegenüber, so erhält man das, die Industrie eigene Verhältnisse. Der Gesamtjahresumsatz an Schotter, Splitt und Pflastersteinen (im Westerwald und an der Lahm) kann zur Zeit mit etwa 6 Millionen Tonnen angenommen werden. Auf Pflastersteine (große und kleine) entfallen etwa 400 000 Tonnen. Nimmt man den Durchschnittserlös für eine Tonne Pflastersteine mit etwa 29 Mark an, so stellen diese 400 000 Tonnen einen ungefähren Wert von 11,6 Millionen Mark dar. Die Tonne Schotter, Splitt und Edelsplitt mit 4 Mark (im Durchschnitt) berechnet, ergibt bei 5,6 (6–0,4) Millionen Tonnen 22,4 Millionen Mark, zusammen also ungefähr 34 Millionen Mark. Die Fracht macht, roh gerechnet, ungefähr 25 Millionen Mark aus, wobei die Beziehungen der Reichsbahn zum Normaltarif angesetzt sind. Die Kapazität der Basaltindustrie geht über die Abfahrmöglichkeiten nicht wenig hinaus, und zwar infolge von Neuanlagen, weitgehender Modernisierung und Ausbau der bestehenden Anlagen. Bei einer Besichtigung der Westerwälder Basaltindustrie ist man oft über ihr Ausmaß, ebenso wie über ihre nicht selten schönen Lage mitten im Wald, überrascht. Man hat den Eindruck, daß die Mechanisierung und Rationalisierung der Betriebe sehr weit vorangetrieben worden ist. Große Minensprengungen ermöglichen die erleichterte Steingewinnung, das Abfahren des Rohmaterials und die Bedienung der Schotteranlagen vollzieht sich durch ein wohldurchdachtes System, wobei die Lokomotive gewissermaßen das „laufende Band“ ist, Entstaubungsanlagen in den Schotterwerken sind keine Seltenheit, das Transportband hat sich weitgehend durchgesetzt; die Beladung des Eisenbahnwaggons direkt aus den Brechern oder aus den Silos vollzieht sich durchweg auf mechanischem Wege. Es ergeben sich viele Parallelen mit dem stark mechanisierten Betrieb der Braunkohlen- und Brikettgewinnung. Hier wie dort fällt die Menschenleere auf. Der Zwang zur Rentabilität, „die teure menschliche Arbeitskraft“ (? Red.) und die stark gestiegenen Ansprüche der Verbraucher dictieren auch hier das Tempo der Mechanisierung. Gegen 1913 ist die Leistungsfähigkeit der Westerwälder Basaltindustrie wohl mehr als verdoppelt. Die Zahl der Arbeiter ist in den letzten Jahren infolge der Rationalisierung zurückgegangen; sie beträgt zur Zeit etwa 600 Mann. Die Rentabilität läßt zu wünschen übrig. Die großen Aktiengesellschaften sind im letzten Jahr in der Mehrzahl dividendenlos geblieben, was auch einen Rückschlag auf die nicht in Aktienform verfügbaren Unternehmungen zuläßt. Bei den Basaltwerken muß eine wenigstens 80prozentige Beschäftigung der Anlagen vorhanden sein, um die laufenden Kosten zu decken. Von einer Verzinsung und Amortisation des Kapitals ist dann noch nicht die Rede. Da die Leistungsfähigkeit der Werke nicht ausgenutzt ist, so hat die Frage der zukünftigen Kapitalinvestitionen in der Basaltindustrie eine ganz besondere Bedeutung. Es ist allerdings schwierig, den

Bedarf der nächsten Jahre vorauszusehen. Er wird aber im allgemeinen wohl kaum kleiner werden. Hier wird sich die zunehmende Motorisierung in Deutschland bemerkbar machen. Selbst dem heutigen Grad der Motorisierung sind unsere Straßen nicht mehr gewachsen. Auswüchsigend bleibt die Finanzierungsfrage. Die Geschichte zeigt, daß man sich über die zukünftige Entwicklung auch der Basaltindustrie täuschen kann. Aber unter Berücksichtigung aller dieser Momente muß man doch bei der Kapitalanlage in neue Basaltunternehmungen etwas zur Vorsicht mahnen. Für die Berechtigung dieser Mahnung fehlt es schon heute nicht an Beispielen. Anders liegen die Verhältnisse bei dem Ausbau von vorhandenen Anlagen. Die Werke müssen auf technischer Höhe gehalten und weiter modernisiert werden, wenn sie der Zukunft gewachsen sein wollen. Um einen Steinbruch aufzumachen, braucht man ja zunächst wenig Mittel, etwas Land, einige Arbeitskräfte, einfaches Gerät und natürlich Steinvorläufer. Die Schaffung eines modernen Betriebes aber erfordert erheblichen Mittel. So sehr man auch die Bestrebungen eines Steinbruchgeländes, ihre Finanzlage zu erleichtern und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, unterstützt, so ist doch zur Zeit die Geldhergabe nicht ohne besonderes Risiko. Vor allem scheint Vorsicht gegenüber den oft in den Pachtverträgen enthaltenen Bedingungen, innerhalb einer bestimmten Frist eine Schotteranlage und Bahnan schlüpf herzustellen, am Platze.

Die Modernisierung der Betriebe hat große Mittel beansprucht, was heute bei den hohen Zinsrägen ganz besonders schwer ins Gewicht fällt. Die Erlöse haben mit den gestiegenen Ausgaben nicht gleichen Schritt halten können. Der Lohnanteil bei dem Erlös für Pflastersteine beansprucht ungefähr 60–65 Prozent; bei Schotter und Splitt wechselt er nach den Kapitalinvestitionen, ist aber im Durchschnitt wohl auch mit ungefähr 50 Prozent anzunehmen. Die Löhne sind gegenüber der Friedenszeit um etwa 100 Prozent gestiegen. Der Stundenlohn eines Steinbrucharbeiters — hierunter fällt allerdings nur ein kleiner Prozentsatz der Belegschaft — beträgt zur Zeit 75 Pf., der Durchschnittsarbeitsverdienst für Akkordarbeiter 90 Pf., bis 1 Mark, und für Steinrichter (Ripper) 1 bis 1,20 Mark die Stunde. Der Preis für Schotter, also für das Hauptzeugnis, ist dagegen nur um etwa 30 Prozent erhöht worden. Bei Pflastersteinen hält sich die Preisaufbesserung knapp auf der Höhe der Lohnsteigerung, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß, wie schon oben angeführt, Pflastersteine an der Gesamtproduktion nur einen kleinen Anteil (etwa 7 Prozent) haben. Die sozialen Abgaben (an Steinbrucharbeitsgenossenschaft, Kranken-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung) betragen nicht ganz 10 Prozent des Lohnes gegen vielleicht 4% Prozent der Vorkriegslöhne, die aber inzwischen um etwa 100 Prozent gestiegen sind. Dazu treten die sonst vielfach abgebauten Familienzulagen für die Ehefrau und jedes Kind je Stunde und je Kopf von 1 Pf. Die Arbeiterschaft ist willig und fleißig; Streiks sind fast nicht vorgekommen. Es handelt sich hier ja nicht um eigentliche Industriearbeiter, sondern um Arbeiter, die fast durchweg mindestens etwas Landwirtschaft nebenbei treiben und über eigenen Haus- und Grundbesitz verfügen. Die Mischung und Bodenbeständigkeit der Arbeiterschaft hat ihre Vorteile.

Neben dem Lohnanteil spielt für die Rentabilität der Basaltindustrie die Transportfrage eine ausschlaggebende Rolle. Von gewissen Entfernungen an sind die Transportkosten höher als der Wert des Erzeugnisses. So beträgt z. B. bei einer Entfernung von 161 Kilometer die Fracht für den Waggon Schotter ebensoviel wie der Schotter selbst kostet (etwa 42 Mark); bei Splitt liegen

Verbandstreue. Im „Volkswillen“ Hannover wurde Mitte Oktober in einer Lokalnotiz dem 25jährigen Jubiläum unseres Kollegen Ernst Bolte in Hannover gedacht und dabei vermerkt, daß er bereits über 25 Jahre der Partei angehört und ebenso lange Leser des „Volkswillen“ ist. Wir fügen hinzu, daß Kollege E. Bolte seit derselben Zeit auch der Steinarbeiterorganisation angehört und im Laufe der Jahre verschiedene Funktionen in der Zahlstelle bekleidet hat, zu Verbandstagen delegiert war usw. Die Kollegen in Hannover haben dem Jubilar immer großes Vertrauen befunden; wollte er von einer Funktion sich erholen, dann dauerte es nicht lange und Ernst Bolte war wieder im Vorstand. Augenblicklich ist er in der Steinarbeitergruppe doppelt belastet, ist Vorsitzender und Kassierer. Die Kollegen in Hannover sagen: „Das ist der rechte Mann am rechten Platz!“ Die Verbandsleitung weiß das ebenfalls zu schätzen und entbietet diesem langjährigen, unermüdlichen Funktionär die besten Grüße zu seinem dreifachen Jubiläum.

Al-Kroegenburg. Am 29. September hielt die Zahlstelle ihre vierjährige Jubiläumsfeier ab. Mit dem Lied „Das Banner mag stehn, wenn der Mann auch fällt“ gesungen von der Sängervereinigung, nahm die Feier ihren Anfang. Kollege Weih gab darauf einen Rückblick vom Jahre 1896 an. Er schilderte die Lohnbewegungen und Lohnkämpfe, Arbeitszeit usw. Zum Schluß behandelte er noch die Mitgliederbewegung aus all den Jahren und teilte der Festversammlung mit, daß wir mit heutigem Tage jetzt zusammen 18 Kollegen (nämlich 17 Pfasterer und 1 Pfastersteiner) haben, die dem Verbande 25 bis 33 Jahre angehören. Dann hielt Gauleiter, Kollege Mahr, eine kurze Ansprache an die Jubilare, ermahnte die Jugend, es den Alten nachzumachen und dem Verbande die Treue zu bewahren. Hierauf überreichte er im Namen des Zentralvorstandes den sechs Kollegen, die in diesem Jahre zu den Jubilaren zählen, ein Ehrendiplom. Dann dankte noch der Kartellvorsitzende Georg Kopp den Jubilaren für ihre Treue zum Verbande und ermahnte alle Anwesenden, sich den Kampfgeist der Pfasterer anzueignen. Zwischendurch wurden Lieder vorgetragen und die Musik spielte. Der Arbeiter-Sängervereinigung sowie den Musikantern sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt.

Besselfbach. Am 28. September fand im Lokale Hefz eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, in der Bezirksleiter Kollege Gras über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Bezirkslohnarbeitsvertrages berichtete. Damit ist nun jedem organisierten Steinarbeiter das Recht in die Hand gegeben, auch im Rest-Kreis St. Wendel seinen Tariflohn zu bekommen. Unter anderem sprach Gras noch die Tätigkeit der Betriebsräte. Unter Hinweis auf die Einigkeit und Geschlossenheit und gutes Gedanken der Zahlstelle schloß der Vorsitzende Kollege Jung die Versammlung.

Löbau-Oppach. Am 22. bzw. 24. September fanden in Beiersdorf und Löbau je eine Versammlung statt, die sich mit folgender Tagesordnung beschäftigten hatten. 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Bericht über den Abschluß der Lohn- und Tarifverhandlungen in den Schleifereien. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die drei in jüngster Zeit verstorbene Kollegen Hinkel, Noah und Altman in der üblichen Weise geehrt. Dann erstatteten die Kollegen Löffler und Mehfert den Bericht vom Verbandstag. Nach Erwähnung und Behandlung der Geschäftsberichte von der Verbandsleitung kamen sie auf die gestellten Anträge zu sprechen und erläuterten ihre Stellung zu den einzelnen, verweilten des längeren bei der Invalidenunterstützung, über die eine Urabstimmung herbeigeführt wird. Nachdem noch einige kleine Änderungen betr. der Sterbeunterstützung, sowie die Aenderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes, bzw. Neuanstellungen, Erwähnung getan wurde, führten die Delegierten noch an, daß man während der Debatte zwischen den Gegnern nicht in Wahrheit der Debatte manchmal den Eindruck gewann, auf einem Parteidag zu sein, aber nicht auf einer gewerkschaftlichen Tagung. Diese Ausführungen standen nur zur Diskussion. Diese bewegte sich in der Hauptfäche um die Einführung der Invalidenunterstützung. Während die Gegner ihre Genugtuung über das Nichtzustandekommen ausdrückten, waren die Anhänger über die Ablehnung empört. Es zeigte sich, daß eine Urabstimmung wohl die beste Lösung darstellt, die in dieser Frage getroffen werden kann. Bedauert wurde, daß es nicht möglich war, die Karrenzeit der ausgesteuerten und erwerbslosen Kollegen wieder auf 52 Wochen heranzuziehen, denn praktisch genommen bedeutet dies, daß mancher Kollege mindestens fast drei Jahre warten müsse, ehe er wieder Unterstützung erhält, denn eine zwölfmonatliche Beschäftigung im

Jahre komme in dem Zeitalter der Rationalisierung beinahe selten vor. Die Bemühungen der Zentrale, mit dahin zu wirken, daß vorwiegend deutsches Steinmaterial und überhaupt Naturstein zur Verwendung komme, wurde begrüßt. Nachdem noch ein Schreiben des Kollegen Mühlé (Verwendung von Naturstein bei Straßenbau) bekanntgegeben wurde und Kollege Schwarz auf die Schwierigkeit bei Übertritten wegen Nichteinführung der Invalidenversicherung hingewiesen hatte, kam man zum 2. Punkt, in dem Kollege Schwarz die neue Lohnregelung behandelte. Er mußte feststellen, daß sich in der Verschleppungstatistik der Unternehmer durchaus nichts geändert hat. Bereits am 9. Juli wurde ein Schiedspruch gefällt, der uns 5 Prozent Aufschlag bringen sollte und nach mehrmaligem Verhandeln gelangten endlich Mitte September 3 Prozent von diesen zur Auszahlung; die 5 Prozent sind für Herbst und Frühjahr verteilt worden, allerdings mit einer Laufzeit bis 30. Dezember 1930 und doch existieren noch Firmen, die sich zur Auszahlung dieser minimalen Aufschläge noch nicht verstehen konnten. Einigkeit und feste Organisation sei darum notwendiger als jemals. In der Debatte wurde hervorgehoben, daß gemeinsames Vorgehen namentlich bei Tariftünbung in allen Bezirken das Geeignete ist, um unsere Entlohnung vorwärts zu bringen. Nachdem auf die Schwierigkeiten verwiesen wurde, die entstehen, wenn eine Firma nicht dasselbe bezahlt wie die andere, sowie Kritik an den letzten Abänderungen des Tarifs geübt wurde, einige man sich, den Kassenbericht wegen vorgerückter Zeit zurückzustellen. Im Verschiedenen wurden verschiedene Missstände bei einigen Firmen lebhaft kritisiert sowie mehrere interne Fragen erledigt. Eine Mahnung zur Einigkeit und festem Zusammenhalt bildete den Schluß der Versammlung.

Bernburg. Versammlung am 12. Oktober 1929 in Aderstedt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Leifart über die Neugestaltung der Erwerbslosenfürsorge. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. In der letzten Vorstandssitzung wurde Kollege Leifart verpflichtet, 4 Vorträge über die Neugestaltung der Erwerbslosenfürsorge zu halten. Den ersten Vortrag in Gröna, den zweiten in Pläckau, den dritten in Aderstedt, den letzten Vortrag in Bernburg. Jeder einzelne Kollege soll durch das Wort über die neuen Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge aufgeklärt werden. Leider haben sich nicht alle Kollegen an diese lehrreichen Vorträge beteiligt, das ist zu bedauern. Hier kann nur kurz gesagt werden, eine große Verschlechterung konnte durch intensives Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit der SPD abgewehrt werden. Vielleicht öffnet gerade dieses vielen Arbeitewählern die Augen. Nach einer sehr regen Aussprache hierüber gab Kollege Böttcher die Abrechnung vom 3. Quartal, sie war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden, dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Bezirkskonferenz Oberhessen. Am 6. Oktober fand in Giessen im Gewerkschaftshaus unsere Herbstkonferenz statt. Vertreten waren 23 Zahlstellen durch 35 Kollegen. Nachdem sich die Konferenz konstituiert hatte, Kollege Horn, Vorsitzender, Kollege Schwarz, Breitenborn, Beisitzer, Kollege Groß, Schriftführer, gab Horn die Tagesordnung bekannt. 1. Bericht vom Verbandstag, 2. Betriebsrätefragen, 3. Finanz und Bezirk, 4. Gelehr über Arbeitslosenversicherung. Der 4. Punkt wurde als erster erledigt. Der Referent Beus vom Arbeitsamt in Gießen gab Aufschluß über die Arbeitslosigkeit aus seinem Amtsbezirk. Er betonte, daß die Steinarbeiter mit den Bauarbeitern nicht in Vergleich zu bringen sind, was er statistisch nachwies. Jedoch mußte er feststellen, daß der heutige Stand der arbeitslosen Steinarbeiter den vom Januar 1929 schon erreicht habe. Nach einigen Klärungen in der Diskussion wurde dieses Thema bis zur nächsten Konferenz vertagt. Dann gab Kollege Menges einen ausführlichen Bericht vom Verbandstag und wies darauf hin, daß die Beschlüsse, und im besonderen die Beitragsleistung, auch durchgeführt werden müssen. Kollege Horn gab Aufschluß über das BRG, das in manchen Betrieben noch wenig Anwendung finde. Besonders behandelte er die Wahl von Betriebsräten in den Amtsräten der MSH Frankfurt a. M., zu der auch die Befreiung gemacht wurden, das weitere soll umgehend erfolgen. Anschließend gab Kollege Horn den Kassenbericht, der einen Kassenbestand von 400 Mark aufwies. Fest steht, daß noch Hunderte im Bezirk zu organisieren sind. In der lebhaften Diskussion brachten die Kollegen ihre örtlichen Verhältnisse, Wünsche und Beschwerden dar. Kollege Groß kam nochmals auf den Geschäftsbericht zurück und fordert eine durchgreifende

Buchkontrolle im Bezirk und Gau, damit hier ein anderes Bild zum nächsten Verbandstag erscheint. Nur wenn jeder Kollege auf Grund seines wirtschaftlichen Verdienstes den Beitrag lebt, kann die Voraussetzung geschaffen werden, daß unsere Löhne durch das letzte Mittel eine Besserung erfahren. Nachdem Kollege Schwarz vom Bezirksvorstand einen kurzen Revisionsbericht gegeben hatte und Kollegen Horn einstimmig die Entlastung erteilt war, wurde er als Bezirksleiter einstimmig wiedergewählt. Nach Wahl des Bezirksvorstandes, zu dem die Kollegen Hormel, Höhmann und Schäfer sowie deren Vertreter, die Kollegen Breithauer, Stoppel und Christ bestimmt wurden, konnte Kollegen Horn mit der Mahnung, das Besprochene in die Tat umzusetzen, die Konferenz schließen.

Zwickau (Sa.). Am 12. Oktober 1929 fand im Gewerkschaftsheim eine gutbesuchte Versammlung der Steinmeier statt. Der Bericht über die Lehrlingsprüfungen wurde erstattet. Dazu wurde bemängelt, daß die Ausbildung zu wünschen übrig lasse und verlangt, daß die Innungen dem Lehrlingswesen mehr Aufmerksamkeit widmen sollen. Unter Zahlstellenangelegenheiten wurde besonders kritisiert, daß die sogenannten Kunststeinwerke Steinmeier beschäftigen, das Geld einstecken und die Kollegen entweder unter Tarif bezahlen oder ihnen überhaupt keinen Lohn geben. In einem Vierteljahr sind gegen die Firma Bäumlisch drei Klagen durchgeführt worden, die zwar von vollem Erfolg waren, aber die Kollegen befahlen bisher doch kein Geld, trotz Pfändung und Zwangsvollstreckung. Eigenartig ist, daß die Arbeiten am staatlichen Krankenamt geleistet wurden und die Firma sicher ihr Geld erhalten hat. Von einem Kollegen wurde nachgewiesen, daß selbständige Unternehmen Arbeiten zu einem Preis angenommen haben, der unter dem Tariflohn für Steinmeier liegt. Die Innung hätte wirklich die Aufgabe, ihren Mitgliedern eine derartige Schmalkonkurrenz zu untersagen.

Die seinerzeit an den Vorsitzenden der Zahlstelle gerichtete Beschwerde, daß ein Mitglied des Verbandes an einen Bauunternehmer einen Steinmeier vermittelte hat, wurde für den Beruf nicht für so schädigend betrachtet als die Schmalkonkurrenz der Unternehmer unter sich. Es kam auch zum Ausdruck, daß es nicht Aufgabe der Kollegen sei, Arbeiter zu vermitteln. Die Arbeitgeber sollen sich an den Vorsitzenden wenden, der in Verbindung mit dem Arbeitsamt die Vermittlung tätigen werde. Weiter kam zur Sprache, daß die Käufer sehr oft mit den Kunststeinindustriern stark übers Ohr gehauen werden. Viele Verkäufer solcher Zementklöße haben keinerlei Ahnung vom Steinmeier bzw. Bildhauerhandwerk. Es ist nachgewiesen, daß Denkmäler aus Naturstein zu denselben Preisen geliefert werden, dafür aber schöner und dauerhafter sind. Aus diesen Gründen muß auch von den Steinmeier für die Verwendung des Natursteins eingetreten werden. In letzter Zeit konnte festgestellt werden, daß Bauunternehmer die Kunststeinbauten von Nichtfachleuten abschätzen lassen. Es ist erklärlich, daß dann der Bau einen schlechten Eindruck macht und den Steinmeierberuf in Mitleid bringt. — Kollege Steininger gab dann noch Aufklärung über die Berufskrankheiten und verwies darauf, daß zwei Kollegen am Orte bereits Rente erhalten.

Raagard. Sanitäter Arbeiter schützt. Mit der zunehmenden Falten und regnerischen Witterung ist dem sanitären Arbeiterschutz im Straßenbaugewerbe erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. In besonderem Maße gilt dies für die weit von den Ortschaften abgelegenen Baustellen auf Landstraßen. In Pommern finden diese Anschauungen leider noch nicht den Boden, der ihnen im gesundheitlichen Interesse der Straßenbauarbeiter gebührt. So werden jetzt in einer Entfernung von 14 Kilometer von Raagard durch drei Firmen größere Kleinpflasterarbeiten ausgeführt. Während zwei für ihre Arbeiter Baubuden auf der Baustelle errichtet haben, hat das die Firma Geißeler-Raagard anscheinend nicht nötig. Bei Wind und Wetter haben die Arbeiter dieser Firma kein schützendes Obdach. Vom Regen durchnäht, sind sie ohne allen Schutz den Unbilden der Witterung preisgegeben. Notwendig wird es sein, daß auch diese Firma sich den baupolizeilichen Bestimmungen fügen muß. Und die auftraggebende Behörde möge die Arbeiter nur an solche Firmen vergeben, die auch zum Schutze der Gefundheit ihrer Arbeiter die notwendigen Baubuden auf den Baustellen aufstellen kann. Das Bild dieses Unternehmers ist insofern noch bezeichnend, daß nur selten am Sonnabend der Lohn pünktlich zur Stelle ist. Sonnabends müssen die Arbeiter erst herumlaufen, um den Unternehmer und das Geld zu finden. Die Gewerbeaufsicht würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie die Baubuden dieser Firma einmal kontrollierte, die sie allerdings erst suchen müßten, weil sie nicht vorhanden sind.

die Verhältnisse noch ungünstiger; hier wird schon bei 40 Kilometer Versandentfernung der Wert der Ladung erreicht. Wenn der abgestaffelte Tarif der Eisenbahn auch der Basaltindustrie des Westerwaldes zugute kommt und ihren Versandradius vergrößert, so wird hierdurch naturgemäß auch der Wettkampf anderer Gebiete entsprechend erleichtert. So hat die Westerwälder Basaltindustrie u. a. unter den schlesischen und sächsischen Granitindustrie zu leiden. Aber im andern Fall würden diese Industrien wieder zu klagen haben. Die Wünsche der in verschiedenen Gebieten beheimateten Industrien finden vielfach ihre Grenzen an der Notwendigkeit, sich in Tarifeinzelfragen nicht zu zerstreuen und dadurch die Stosstrafe für die Verfolgung gemeinsamer Ziele zu verhindern. Die Basaltindustrie des Westerwaldes ist jedenfalls der Auffassung, daß das an sich richtige System der Tarifabstafelung übersetzt worden ist und die übertrieben starke Staffelung abgebaut werden muß.

Wichtiger als diese Frage sind für die Basaltindustrie des Westerwaldes die Wünsche der Bahn hinsichtlich der Privatanschlußgleise. Die Westerwaldbahnen, die vielfach noch eingleisig sind, können den stark gestiegenen Frachterfehr nur mit großen Anstrengungen bewältigen. Infolgedessen verlangt die Bahn gut ausgebaut und moderne Privatanschlußgleise, um das richtungsweise Aufstellen der Züge zu ermöglichen. Die Bahn schreibt so gewissermaßen Aufgaben, die sie selbst erledigen müßte, den Anschlußgleisinhabern zu. Der Bau und Umbau solcher Anlagen beläuft die Unternehmungen mit großen Summen, die aus dem Betrieb wieder herausgewirtschaftet werden müssen, und die Errichtung der Rentabilität erschweren. Die Basaltindustrie hat durchaus Verständnis für die Lage der Bahn, die schon aus finanziellen Gründen nicht imstande ist, die Strecken durch neue Gleise zu entlasten, und die andererseits auf Betriebssicherheit bedacht sein muß. Aber die Industrie fordert mit Recht, daß auch die Bahn weitgehend Rücksicht auf sie nimmt, da sie ebenfalls nicht in der Lage ist, bei den heutigen Geldsäumen große Neuauflagen mit Bankkredit oder dergleichen herzustellen. Die Bahn könnte nicht verlangen, daß die Industrie die Mängel des Bahnnetzes auf ihr Ausbauprinzip nehme, und die erforderliche Erweiterung der Bahnhöfe durch ausgedehnte Privatgleisanschlüsse erzege. Durch gegenseitiges Verständnis muß versucht werden, auf die gegenseitige Notlage weitgehend Rücksicht zu nehmen. Jedenfalls sollten Fälle vermieden werden, in denen die Reichsbahn lästigspielige Veränderungen und Erweiterungen der bestehenden Anschlüsse verlangt, und nur als Provisorium genehmigt.

Zur Besserung der Verhältnisse in der Basaltindustrie wurde am 1. April 1927 von der westdeutschen Basaltindustrie die Basalt-Union ins Leben gerufen, deren Aufgabe darin besteht, die Produktion der Lieferfirmen quotenmäßig zu erfassen und durch Abgabe bei einer Ueberlieferung die Beschäftigung der Werke einigermaßen auszugleichen; auch wurden im Wege freier Verständigung mit den Großabnehmern Preisvereinbarungen getroffen. Ein Abkommen über die Stabilisierung der Preise kam am 6. November 1928 zu stande. Die Erzeugung von Basaltprodukten in Westdeutschland ist zur Zeit mit ungefähr 98 Prozent in der Basalt-Union zusammengeschlossen. Kontrolliert werden von der Union lediglich die aus den maschinellen Anlagen hervorgehenden Schotter- und Splitterzeugnisse (Groß-, Klein- und Feinschlag, Splitt, Grus, Schlagschotter und Packlage, Edelsplitt), nicht dagegen Wasserbausteine (Säulen und Senkrechte) und Pfastersteine. Die quotierte Tonnenmenge ist zur Zeit mit nicht ganz 6 Mil-

lionen Tonnen anzunehmen. Der prozentuale Quotenanteil der einzelnen Firmen stellt sich zur Zeit folgendermaßen (wir führen nur die Beteiligungen von 19 bis 3 Prozent an; alle Zahlen sind abgerundet). Basalt AG, Linz, 19 Prozent; AG, Eiserfelder Steinwerke, Eiserfeld (Siegen), 12 Prozent; Dörlitz, Bajalt AG, Köln, 12 Prozent; Westerwaldbrücke AG, und Vereinigte Grauwacke- und Basaltwerke Bonn, 10 Prozent; IG Adrian, Basaltwerke, Oberfossel (Siegen), 7 Prozent; Jean Uhrmacher, Oberfossel, 6 Prozent; J. Rech, AG, Dillenburg, 5 Prozent; Odenwälder Hartstein-Industrie AG, Darmstadt, Basaltwerk Rhein-Wind, G. m. b. H., Beul, H. Bürgers, G. m. b. H., Bonn, und Christian Uhrmacher u. Söhne, Oberfossel, je ungefähr 3,5 Prozent. Der Rest verteilt sich auf elf Firmen. Außerhalb der Union sind mit einem geringen Prozentsatz nur noch wenige Firmen, die aus dieser Sonderstellung naturgemäß Nutzen zu ziehen suchen. Die in der letzten Zeit der Union beigetretenen Firmen haben quotenmäßig wohl etwas besser abgeschnitten als die Firmen, die von Anfang an der Union angehörten. Hieraus können möglicherweise für die Union einige Schwierigkeiten entstehen, da naturgemäß an einer Verwässerung der Quoten, von der nur ein Teil der Mitglieder einen Vorteil hat, die benachteiligten Firmen kein Interesse haben. Bei der Verlängerung der Ende 1930 ablaufenden Union wird die Erfüllung der Quotenwünsche der einzelnen Firmen nicht ganz leicht sein. Die bei der Überschreitung der Quote zu zahlende Abgabe war zeitweise ziemlich hoch, ist aber vor einiger Zeit wieder herabgesetzt worden. Die auf diesem Weg eingehenden Gelder dienen zu Entschädigungszahlungen für diesenartige Werke, die unter ihrer Quote bleiben.

Die Basalt-Union steht, was privat- und volkswirtschaftlich von ganz besonderem Interesse ist, mit den Großverbrauchern in einer Arbeitsgemeinschaft, der u. a. die Provinzen Rheinland und Westfalen, der Ruhr-Siedlungsverband, die Vereinigung der Straßenbauverwaltungen Westfalens, sowie zahlreiche Kommunen angehören. Auch die Reichsbahnverwaltung nimmt an den Verhandlungen der Arbeitsgemeinschaft teil; interessiert ist weiter der Rheinische Städetag und der Preußische Landgemeindetag West. Auch die Regierungen zu Wiesbaden und Koblenz unterstützen die Bestrebungen der Union. In der Arbeitsgemeinschaft werden die Verkaufspreise für das Sommer- und Winterhalbjahr in freier Verständigung festgesetzt. Die Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft liefert die Gewähr dafür, daß eine vernünftige Preispolitik getrieben wird. Die Basalt-Union hat nicht wenig dazu beigetragen, daß abgesehen von den bestehenden kapitalmäßigen Verleihungen verschiedener Unternehmungen, die einzelnen Firmen sehr verständnisvoll zusammenarbeiten. Der eine Betrieb kennt vor dem andern keine Betriebsgeheimnisse; Erfahrungen werden gegenseitig ausgetauscht. Dieses gute Einvernehmen kann nicht sinnfälliger in Erscheinung treten, als wenn bei einer Be-

sichtigung zahlreicher Werke die maßgebenden Führer der einzelnen Unternehmungen nicht nur ohne weiteres Zutritt zu den Anlagen der Konkurrenz haben, sondern auch freundlich empfangen und bereitwillig unterrichtet werden.

Die Wünsche der Industrie, die es schwer hat, die Werke rentabel zu machen bzw. zu erhalten, lauten: Mehr Rücksicht der Reichsbahn in den Fragen der Tarifpolitik und der Privatanlagentarife, bessere Verteilung der Aufträge für das ganze Jahr trotz der bestehenden Schwierigkeiten auf finanziellem und wegebau-technischem Gebiet, keine neue Belastung, wo es auch immer sei: Eisenbahntarife, Löhne, soziale Belastung, Steuern, vielmehr Herabsetzung und Schutz vor dem ausländischen Wettbewerb.

Faust und wir

Faust ist das Sinnbild der Menschheit. Sein Werden, wie es uns Goethe in seinem Werk fiktiver Herrlichkeit geschildert hat, ist nicht nur das Werden des Dichters selber. So wie er wurde, so ist auch die Menschheit geworden. Sie wie er suchte und rang — und erkannte, so sucht und ringt und erkennt auch das Menschen-geschlecht.

Es lebt noch auf verschiedenen Stufen der Faust-Entwicklung. Im sinnlichen Vergnügen schwelgen die einen. Im Lernen und Wissen suchen die anderen ihr Lebensglück. Und wieder andere philosophieren immer mehr hinein in die Tiefe der Wahrheit.

Dennoch, was ist das alles? Das alles ist nicht das große Glück. In dem allen lebte auch Faust — unbefriedigt. Wo war es denn nur zu finden, das Glück?

Seelengepeinigt rang er. Rang er sein ganzes Leben hindurch. Bis er es hatte. Bis er es im Schaffen für die Gemeinde schafft empfand.

Was ist alles Ich gegen das Du? Was ist alles Grübeln gegen das Handeln? Arbeit und Schaffen aus „Gemeindrang“ für die Gemeinschaft. Das ist das große, reine, das faustische Glück.

Unter dem Einfluß der sozialistischen Utopisten war Goethes Faust zu dieser Erkenntnis gereift.

Und der Dichter versiegelte sein Faust-Manuskript.

Welch eine heilige Scheu vor der Größe dieser Erkenntnis!

Auch wir haben hin und wider in Feierstunden solches Erleben, in dem sich die tiefste Tiefe unserer Seele regt. Dann lassen wir diese Gefühle nicht in Worte. Dann zerren wir sie nicht an den Tag. Dann lauschen wir nur und schweigen.

So mag Goethe gefühlt haben, als ihm die feierlichste Stunde seines ganzen Lebens die Erkenntnis gab, daß Gemeindstaat aus Gemeindrang das Glück ist. Daß das Schaffen für Schwestern und Brüder den Sinn der Welt bedeutet. Daß eine neue gemeinschaftliche Menschheit nur das faustische Menschentum bedeuten kann.

Wir haben Feierstunden solch Goethescher Gefühlsgröße nötig, um in der letzten Tiefe zu erleben, was das große, stolze Ziel unserer Bewegung ist. Unter Leben heißt uns hin und her. Es peinigt und treibt uns mit seiner Not. Es sucht uns abzuzerrn vom menschlich-faustischen Reifen, nach dem es uns drängt.

Und doch kann es in uns nicht ertöten dieses Echte und Eigentliche, dieses Menschliche und Faustische, weil das unser Wesen ist.

Nur im Du liegt das Glück. Nur in der Tat für das Ganze. Und glücklich, wer in einer feierlichen Stunde einmal gepaßt ist von der Tiefe des Gedankens

Rundschau

Thomas Haug

Am 16. Oktober hat der Tod mit Hilfe der unerbittlichen Berufskrankheit diesen treuen und brauen Kollegen aus unserer Mitte geholt. Am 18. Oktober 1929 hätte er 33 Jahre ohne Unterbrechung unserer Organisation angehört. Thomas Haug ist nach fast 3jähriger völliger Arbeitsunfähigkeit nur 54 Jahre alt geworden. Im Jahre 1908 übersiedelte er von Riesa, wo die Beschäftigung für Sandsteinmezeen immer trostloser geworden war, nach Leipzig und fand hier Beschäftigung als Steinmeier. Die Übersiedlung wurde in der Hauptache veranlaßt durch Maßregelungspraktiken der dortigen Steinmeister, die den rückgratfesten Steinmeier und Worführer seiner Kollegen auf ihren Werkplätzen nicht mehr leiden wollten. Diese Maßregel konnten die Meister sich damals leisten, weil die Werkplätze vor dem Eingehen standen, wodurch dem Gemäuerregeln jeder Rückhalt in der immer kleiner werdenden Steinmeierbelegschaft fehlte. Die berufliche Tätigkeit hat den Verstorbenen, ehe er in Riesa sesshaft wurde, nach altem Steinmeierbrauch viel umhergewirbelt, und noch recht jung an Jahren hat er seinen Heimatsort Hirschau am Neckar in Württemberg verlassen, um in der Fremde sein Heil zu suchen. Thomas Haug war einer von den besonderen Steinmeistern, wie sie in den neunziger Jahren und darüber hinaus oft anzutreffen waren und teils heute noch anzutreffen sind: Stolz auf den Beruf, voll Begeisterung für die Arbeiterbewegung, korrekt in allem Tun und Lassen und von aufrichtiger Kollegialität, geschaffen zum führenden Funktionär! In Riesa war der Verstorbenen längere Zeit Vorsitzender der Partei, Vorsitzender der Krankenkasse und zugleich Vorsitzender unserer Verbandsfiliale. Jeder zugereiste Kollege wurde von ihm angehalten, außer der Verbandsmitgliedschaft unbedingt die Parteizugehörigkeit zu erwerben und Abonnement der Parteizeitung zu werden. Dem allem ist er bis zum Tode treu geblieben! Der Verstorbenen gehörte auch mehrere Jahre dem unbefoldeten Verbandsvorstand an, war Obmann der Beisitzer, und er verstand es, jeder zur Beratung stehenden Sache eine besondere Seite abzugewinnen, denn er war ein geschickter, aber sachlicher Debatteredner, und als er wegen seiner Staub-Lungenkrankheit eine Wiederwahl ablehnte, wurde sein Ausscheiden im Vorstand sehr empfunden. Die Redaktion des „Steinarbeiter“ kann dem Verstorbenen als Obmann der Pressekommission nicht vergessen, daß er vor einigen Jahren, bei den speziellen parteipolitischen Vorgängen in Sachsen sich mit bewundernswerter Sachlichkeit und Objektivität bemühte, diese Vorgänge von der persönlichen Redaktionstätigkeit gesondert zu betrachten, ohne etwa seine eigene politische Auffassung in der Sache zu verleugnen. Ja, Thomas Haug war ein braver Kollege, ein seltener Mensch in all seinem Handeln: Ein Proletarier, der nie irre wurde an seiner Überzeugung. Als die Anerkennung der Steinmeierstaublunge als Berufskrankheit Anfang dieses Jahres durch die Verordnung Gesetz wurde, war er stolz auf die endliche Erfüllung, leider hat er den Erfolg in seiner eigenen Krankheit nicht mehr erlebt. Denn der in Nr. 41 des „Steinarbeiter“ geschilderte Fall unter dem Stichwort „Ungläubliche Begründung in einer Rentenfestsetzung bei der Berufskrankheit“ betrifft Thomas Haug. Zweifellos war er sicher, daß die betreffende Berufsgenossenschaft nicht durchkommt mit ihrer gesetzesunkundigen Handhabung, aber gewurmt hat es ihn doch, und in dem vorschriftenen Stadium der Krankheit des nunmehr Verstorbenen hat der unglaubliche Bescheid der Sächsischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft zur Beschleunigung des Todes sicherlich beigetragen. Die Größe des Verstorbenen geht noch aus seiner letzten Verfügung hervor, in der er gewünscht hat, seinen Körper sezieren, um durch den Lungenbefund den Fortschritt der Staublunge feststellen zu lassen. Damit will er den noch lebenden berufskranken Steinmeiern dienen. Das ist Thomas Haug! Dieser letzte Wille zeigt hell-leuchtend seine Sorge für andere! Seine Frau hat ihm in all seinen Handlungen treu zur Seite gestanden, war ihm in allen Lebenslagen der gute Kamerad und kann es nicht fassen, daß ihr pflegebedürftiger Thomas nicht mehr da ist.

Der Verband und die Zahlstelle der Leipziger Steinarbeiter trauern um einen ihrer Besten. In treuer Pflichterfüllung war er der proletarischen Sache mit Leib und Seele ergeben; das wollen wir nimmer vergessen. Thomas Haug hat es verdient, daß jedes Verbandsmitglied in stillen Gedanken an ihn die Kopfsbedekung lüftet und lobt: Ehre seinem Andenken!

Theodor Fiepart verunglückt. Der Vorsitzende des ADGB-Kolleges Fiepart, ist am Montag, dem 14. Oktober, verunglückt und nicht unerheblich verletzt. Fiepart war vom Direktor der Arbeiterbank, Dr. Bachem, von seiner Wohnung mit dem Dienstauto abgeholt worden. Auf der Aous, einer Automobilstraße in Berlin, verlor der Wagenführer die Herrschaft über den Wagen. Dieser überschlug sich und begrub die drei Insassen unter sich. Während die Verletzungen des Genossen Bachem und des Chauffeurs leichter Natur sind, wurde Fiepart blutüberströmt und bewußtlos aus dem Auto herworgezogen. Der Arzt stellte einen Schenkelbruch und Schädelbruch fest.

Die deutsche Arbeiterschaft hat die Nachricht von dem schweren Unfall mit großem Bedauern entgegengenommen. Die Wünsche auf baldige Genesung eilen zu dem Krankenbett dieses vortreff-

BEKANNTMACHUNGEN DES VERBANDS-VORSTANDES

Berlorene Mitgliedsausweise! In Bremen das Verbandsbuch Nr. 77111 für Friedrich Behrens, Marmorschleifer, und die Interimsliste für Alfred Rothe, Steinseher-Lehrling.

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

4. Gau: Unser. Kass.: Heinrich Vothe, Holstenstr. Nr. 64 bei Hameln.
6. Gau: Peterzell. Vorj.: Franz Reim, Unterkirnach (Schwarzwald), Gaithof „Forelle“, Kass.: Georg Kufner, Unterkirnach (Schwarzwald), Gaithof „Forelle“.

BRIEF-KASTEN

Herr B. verlangt wurde von einigen Zahlstellen, den „Steinarbeiter“ in polnischer, italienischer und russischer Schrift zu liefern. Das ist unmöglich! Wie stellt man sich die Verwirrung überhaupt vor?

Sch. St. Die Druckfehler in dem Bericht sind bedauerlich, sind aber solche, die jeder Leser bei wenig Nachdenken korrigiert, deshalb keine Berichtigung. Schuld hat der Redakteur, der beim Korrekturlesen des Probeabzuges zu flüchtig gelesen hat, denn es geht dabei immer: Hopp, Hopp!

Kl. Steinheim. Von der Rente bleiben 30 Mark monatlich anrechnungsfrei; der 30 Mark überschreitende Teil kommt von der Arbeitslohnunterstützung in Abzug.

lichen Mannes. Diese Wünsche werden nicht nur von der deutschen Arbeiterschaft, sondern von vielen Kreisen der deutschen Öffentlichkeit gehegt. Welches Ansehen Leipart überall genießt, ist gerade durch diesen Unfall offenbar geworden.

Schlechte Aussichten für den Wohnungsbau. Für den Wohnungsbau bestehen sehr schlechte Aussichten. Dies liegt vor allem an dem großen Geldmangel. In den letzten Monaten steht nach einer Untersuchung des Instituts für Konjunkturforschung die Finanzierung des Wohnungsbaues mit Hypothekarkredit fast vollständig. Seit Beginn des Jahres sind rund 180 Millionen Mark weniger Wohnungsbauphotothen erteilt worden, als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Von Januar bis September beträgt der Zugang an Wohnungsneubauphotothen 775 Millionen gegen 955 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahrs. In erster Linie hat die Kreditgewährung der Hypothekenbanken und der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten nachgelassen. In den ersten neun Monaten d. J. haben diese Institute 525 Millionen, d. h. rund 360 Millionen Mark weniger als in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs ausgegeschüttet. Obwohl die Sparkassen etwas stärker hervortreten, ist dieses Minderergebnis nicht ausgleichbar. In fast noch stärkerem Maße ist die Möglichkeit der Gewährung von Zwischenkrediten gefallen. Diese äußerst mühsame Lage des Kapitalmarktes wird sich auf dem Gebiete des Wohnungsbaus in katastrophaler Weise auswirken. Es wird vor allen Dingen eine Verzögerung der Baubeginne Anfang des nächsten Jahres eintreten. Die Bautätigkeit ist das hervorragendste Mittel, den Arbeitsmarkt zu entlasten. Wie obige Ausführungen zeigen, sieht es hiermit sehr traurig aus. Die stärkere Heranziehung öffentlicher Mittel wird zu dringenden Notwendigkeit.

Die ausländischen Arbeiter in Frankreich. Frankreich ist das industrielle Land Europas, welches die wenigsten Arbeitslosen hat. Nicht nur finden alle Franzosen leicht Beschäftigung, sondern es haben auch ausländische Arbeitskräfte in großen Massen in Frankreich Arbeit gefunden. Es wurden 1927 nach einem Artikel der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ 1614 716 Ausländer in Frankreich beschäftigt. Diese wurden in nachstehenden Industrien untergebracht:

Berufsgruppen	Zahl	Hunderthalb
Verschiedene Industrien	382 000	23,7
Baugewerbe und Erdarbeiten	326 000	20,2
Metallindustrie	265 000	16,4
Landwirtschaft	254 000	15,7
Bergwerke	171 000	10,6
Ungelernte Arbeiter	216 000	13,4
	1 614 000	100,0

Der Nationalität nach waren 29,7 v. H. Italiener, 15,6 v. H. Belgier, 14,4 v. H. Polen, 12,4 v. H. Spanier, 5,4 v. H. Schweizer, 4,0 v. H. Russen und 34 203 oder 2,1 v. H. Deutsche. Die übrigen Nationen sind mit weniger vertreten. Von den 233 000 in Frankreich beschäftigten Polen waren früher viele in Deutschland beschäftigt. Sie arbeiten hauptsächlich in französischen Bergwerken. — Die Einwanderung ausländischer Arbeiter nach Frankreich gibt ein Beispiel davon, wie die Ausweichung der Arbeitskräfte vor sich gehen könnte.

Berlängerung des „organisatorischen Sperrjahres“. Der Reichsverband der deutschen Industrie hatte bis zum 1. Oktober 1929 ein organisatorisches Sperrjahr angeordnet. In diesem sollten weder Neugründungen von Verbänden noch sonstige organisatorische Änderungen vorgenommen werden. Kürzlich wurde auf der Tagung in Düsseldorf ein Beschluss gefaßt, der jetzt des näheren bekanntgegeben wird. Danach soll auch für die Zukunft, wenigstens bis zum 1. Oktober 1930, eine gewisse Sperrpflicht im Organisationsbereich bestehen. In der Verlautbarung wird zugegeben, daß der Beschluß nicht reiflos besiegelt worden sei. Neugründungen seien auf allen möglichen Gebieten vorgenommen worden. Dies beweist, daß der Reichsverband nicht stark genug ist, die Organisationsmutter seiner Mitglieder zu zähmen. Wenn dies schon für das vorliegende Jahr angenommen werden könnte, so werden auch in den kommenden Zeit solche Beschlüsse ohne weiteres übergangen. In dem Beschluß wird weiter gefordert, gemäß des Erlasses des Vors. der Festveranstaltungen möglichst einzuschränken. Auch in dieser Beziehung haben sich die untergeordneten Organe des Reichsverbandes weniger an dem Beschluß der Zentrale geföhrt. Wenn man schon ein organisatorisches Sperrjahr veranlaßt, dann sollte man auch die Gewähr haben, daß solche Beschlüsse beachtet werden. Andernfalls besteht die Gefahr, daß man sich lächerlich macht.

Die Arbeitsdienstpflicht ein volkswirtschaftlicher Unsinn. Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht auf die Dauer von ungefähr zwei Jahren wird seit langem eifrig propagiert. Man will dadurch einen gewissen Ertrag für die frühere Militärdienstpflicht schaffen. Im Heft 38 der Zeitschrift „Rhein und Ruhr“ wird nachgewiesen, daß dieses System für Deutschland untragbar sei. Hingewiesen wird auf Bulgarien, wo die Dienstpflicht vollständig versagt habe. Außenpolitisch dürften Deutschland dadurch neue Schwierigkeiten erwachsen. Ferner würde es an dem Führermaterial, an Arbeitern, technischen Angestellten und höheren Vorgesetzten fehlen. Die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht würde, volkswirtschaftlich betrachtet, ein weiterer Schritt auf dem Wege der Ablösung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch das sozialistische bedeuten. Die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht würde ältere Arbeiter zugunsten jugendlicher brotlos machen. Des ferneren würde die mit der Arbeitsdienstpflicht dem Staate angebotene Arbeitskraft außerordentlich teuer sein. Und schließlich würde der Nachwuchs dadurch der Wirtschaft völlig entzogen. Diese und ähnliche Gedanken werden den Befürwortern dieses Systems entgegengehalten. Wir haben dem kaum etwas hinzuzufügen. Die Arbeitsdienstpflicht ist in der Tat ein volkswirtschaftlicher Unsinn. Solche Gedanken können nur bei Leuten entstehen, die eine Versklavung des Volkes beabsichtigen und sich Heloten heranzüchten wollen. Es hat einen gewissen Reiz, daß ausgerechnet in „Rhein und Ruhr“ diese Wahrheiten ausgesprochen werden.

Ist Deutschlands Auslandsverschuldung zu hoch? Lebhaft wird die Frage erörtert, ob die Auslandsverschuldung bereits die äußerste Grenze erreicht hat und ein Fortschreiten auf diesem Gebiete unmöglich sei. Diese Frage erfordert die höchste Beachtung, namentlich in Hinsicht der Reparationsverpflichtungen. Ein Fachmann, der Direktor der Deutschen Bank, Fehr, hat diese Frage in seinem Düsseldorfer Vortrag behandelt.

Die Kurzfrist ist gegen Auslandschulden betragen rund 7 Milliarden Mark und sind fast ausschließlich Banschulden. Diese sind sehr drückend und müßte der Versuch gemacht werden, sie herabzudrücken. Daneben hat Deutschland etwa 7,5 Milliarden Mark langfristige Auslandschulden. Dazu erklärte Fehr: „Den Anleihen stehen gegenüber, nationalwirtschaftlich betrachtet, die 50 Milliarden Mark Kapital von Industrie, Handel und Gewerbe. Zins- und Tilgungsdienst dieser Anleihe wird vielfach überdeckt durch die Erträge dieser Wirtschaft, und weiter gemessen an den 11 Milliarden Export, die wir jährlich haben, und den Nutzen, den dieser Export übrig läßt, ist die Summe gering, man kann sogar sagen, im Verhältnis zu den kurzfristigen Schulden entschieden zu gering. Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß, im ganzen gesehen, dieses Konto noch erhebliche Zugänge vertragen könnte. Auch wenn man die langfristigen und kurzfristigen Schulden addiert und den Zinsdienst des Jahres 1928 mit 1 Milliarde errechnet, kommt man zu dem Ergebnis, daß letztere Zahl nicht mehr als 10 Prozent unserer Exporte ausmacht und sich damit in erträgliche und verständige Grenzen bewegt.“

Das ist eine Erkenntnis, die auf genauen Beobachtungen beruht und durchaus wertvoll ist. Es wäre deshalb ein Segen für unsere Wirtschaft, wenn durch langfristige Auslandskredite jene Mittel herangeführt würden, die zur Ausweitung unserer Produktion notwendig sind.edenfalls hat Fehr die Legende zerstört, als wenn die deutsche Wirtschaft durch Auslandskredite erstickt würde.

BEKANNTMACHUNGEN

DER ZAHLSTELLEN
UND GAVLEITUNGEN

Berlungen:

Am 26. Oktober in Zittau, „Schwarzer Adler“ 14 Uhr, Fachgruppe Straßenbau.

*

Blauberg. Für unsere erkrankten Kollegen würden folgende Unterstützungen gesandt: von Degerndorf 3 Mark, Metten 5 Mark, Ruhmannsfelden 5 Mark, Kringell 5 Mark; darüber wird dankend quittiert.

J. A.: Andr. Reiner.

Wriezen. Die Steinseher, Kollege Heinrich Pohl aus Frankfurt a. M. und Karl Schleicher aus Alschersleben reisten von hier a., ohne ihre rückständigen Beiträge zu ordnen. Der erstere ist 7, der andere Kollege 9 Wochen im Rückstand. Darum keine neue Karte und darauf achten, daß die Rückstände hereinkommen.

J. A.: Karl Juchert, Gr. Kirchstr. 16.

Neue Bücher, Zeitschriften

„Kilian Kraft. Auftauch eines Mannes unserer Zeit.“ Verfasser: Alfred Bohn-hagen. Verlag: Koehler & Amelang, Leipzig. Preis in Ganzleinen 5 Mt. Das Buch umfaßt zwei Bände. — Der Verfasser ist als Schriftsteller nicht unbekannt; außer mehreren Romanen und Erzählungen hat er für das Bauhaus mehrere satirische Schriften von dauerndem Wert verfaßt, unter anderem das Werk „Der Kunft in“, das bereits eine zweite Auflage erlebt hat. Der vorliegende Roman hat seine Basis in der Vorzellenindustrie. Der erste Band behandelt „Der werdende Mann“, der zweite Band „Der schaffende Mann“. Der Held der Geschichte hat sich nach alternden Wirkungen zum Direktor des Werkes emporgearbeitet, in dem er als junger Mensch mit Haken und Schippe in der Kralingeburg gearbeitet hat. Im zweiten Teil des Romans ist unter anderem in einer ganz gut zu lesenden Art die Bedeutung eines Steinmeierzeichens hineingewoben, das später dem Werk auf seinem hergestellten Vorzelan als Fabrikmarke gilt. Die Entstehung und die Bedeutung dieses eingemalten Zeichens im Gewölbe der Kirche wird etwas mystisch umschrieben, aber dafür ist es ja ein Roman. Die Handlung ist stolz, der Aufstieg des Kilian Kraft, verwebt mit der Leipziger Messe, mutet etwas amerikanisch an, ist aber nichts unmögliches. Alles in allem genommen, ist der Roman kein aufsehenerregendes Buch, aber es kann in seiner lebenswarmen Schilderung manchen anreizen, den Weg des Kilian Kraft wenigstens zu suchen.

Franz Küß: „Werden und Waschen der sozialistischen Bewegung“. Verleger: Jugend-Verlag, Berlin SW. 21. Illustriert; 128 Seiten. Preis Broschiert 1,90 Mt. gebunden 2,80 Mt. — Alle in der Bildungsarbeit Tätigkeiten müssen vielfach die Erfahrung machen, daß die jekige Generation der Arbeiterschaft, besonders das Jungvolk, zu wenig mit der Geschichte der sozialistischen Bewegung vertraut ist. Nicht zuletzt wird die Erfahrung daraus zurückzuführen sein, daß die sozialistische Literatur zwar über mehrere umfangreiche wissenschaftliche Bearbeitungen dieses Gebiets verfügt, daß es aber an einem allgemeinverständlichen, auch nach Umfang und Preis jedem Arbeiter zugänglichen Abriss ihrer Geschichte bisher mangelt. Dieser Lücke in der sozialistischen Literatur will die vorliegende Schrift von Franz Küß abfüllen, und wir zweifeln nicht daran, daß sie ihren Zweck erfüllen wird. In leichterer, keine Vorwissenreise vorauslegenden Formstellung, dabei ebenso bunt und fröhlich in der prinzipiellen Haltung wie zuverlässig im Sachdatenmaterial, gibt die Schrift einen Überblick über das Werden und Werden der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands, von ihren Anfängen bis in die neueste Zeit, von Wilhelm Weitling bis Friedrich Ebert. Daß Franz Küß diese Aufgabe in wenig mehr als hundert Seiten zu bewältigen vermugt, erreicht er dadurch, daß er allen historischen Kleinramen befreit und die charakteristischen Epochen der Entwicklung samt ihren treibenden Kräften scharf herauszuarbeiten versteht. Unserer Jugend aber wird diese neueste Darstellung der Geschichte der großen sozialdemokratischen Bewegung besonders deshalb willkommen sein, weil sie ihnen in liebevoll gezeichneten Charakterbildern die Gestalten ihrer großen Führer nahebringt. Danach bedarf es für diese neueste Publikation des Arbeiterjugend-Verlags, die eine wertvolle Bereicherung darstellt, keiner weiteren Empfehlung. Das Buch ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

ANZEIGEN

Unterbezirk Schöneberg, Steglitz u. Umgegend

Die nächste Mitgliederversammlung findet am Sonntag, dem 27. Oktober, 10 Uhr, bei Schellhase, Steglitz, Ahornstraße 15, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Werden der Organisation im Steinsetzgewerbe, 2. Diskussion, 3. Gewerkschaftliches. Die Bezirksleitung, I. A.: August Nillert.

Danksagung

Für die freundlichen Glückwünsche und erwiesenen Aufmerksamkeiten anlässlich meines fünfzigjährigen Jubiläums als Hauptkassierer des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands sage ich den betreffenden Kollegen und Zahlstellen, insbesondere Berlin für Lieferung neuen Handwerkzeuges, herzlichen Dank!

Leipzig, Oktober 1929.

Mit freundlichem Gruß

Ludwig Geist

Den bekannt guten u. bestbewährten handgearbeiteten Steinbruch-schuhe, M. 14,75 Reißleiste Beliefer. Hochw. Qualität.



Verlangen Sie Preisliste Herm. Weilber Berufsschuh-werk Bad Godesberg

Pflasterhämmere aus bestem Schweißstahl Rammen, Brechsägen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefern auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

GESTORBEN

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht.

Der politische Neutralitätsgedanke in der Gewerkschaftsbewegung

Rundfunkvortrag, gesprochen auf der „Deutschen Welle“ am 5. Oktober d. J. von Alexander Knoll

In Deutschland ist bekanntlich alles „weltanschaulich“ fundiert. Ein Wunder wäre es daher, wenn es in der Gewerkschaftsbewegung, dieser größten Massenbewegung der Neuzeit, anders wäre. Stellt doch diese Massenbewegung zugleich Millionen von Stimmen für die Wahlen zu den verschiedensten politischen und sonstigen Körperschaften und wäre es schon aus diesem Grunde „notwendig“, für die eine Weltanschauung zu erfinden, wenn sie noch keine solche hätten.

Diese Erfindung braucht aber nicht mehr gemacht zu werden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil an der Wiege der Gewerkschaften aller Richtungen ausgetragene Parteipolitiker gestanden haben. Die Gewerkschaften haben auch gar keine Ursache, sich dieser Väter zu schämen, obwohl sie längst den Kindesuhren entwachsen sind, und zwar in einer Weise, wie das ihre Väter selbst in ihren kühnsten Träumen kaum jemals geträumt haben. Die Gewerkschaften haben ihre politischen Väter bis heute nicht vergessen und belennen sich im großen und ganzen auch heute noch zur politischen Anschauung derselben.

Sie lassen sich, bewußt und unbewußt, bei ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen auch heut noch von den politischen Gedankengängen leiten, die ihnen ihre Väter mit auf den Lebensweg gegeben haben.

Sehen wir uns zunächst einmal diese Väter an. An der Wiege der von mir vertretenen Gewerkschaftsrichtung, der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Verbände, die zugleich die weitauft stärkste Gewerkschaftsrichtung darstellen (durch rund 5 Millionen Mitglieder), auch freie Gewerkschaften genannt, haben proromantische Parteipolitiker, wie Ferdinand Lassalle, Herr von Schweizer, Bebel und der alte Liebknecht gestanden. Die Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften, die an Jahren den Freien Gewerkschaften ebenbürtig sind, verdanken, wie schon ihr Name sagt, zum größten Teil der Initiative zweier liberaler Politiker in den sechziger Jahren ihrer Entstehung, Dr. Max Hirsch und Dunder; letzter hat sich auch auf genossenschaftlichem Gebiete erfolgreich betätigt. Und die jüngste Richtung der Arbeitergewerkschaften, die christlichen oder, wie sie sich selbst bezeichnen, die Christlich-Nationalen Gewerkschaften, deren erste Anfänge vor nunmehr dreißig Jahren entstanden sind, zählen zu ihren Vätern Männer wie den verstorbenen Kaplan und langjährigen Zentrumsabgeordneten Hitz, den früheren Zentrumsabgeordneten Brust, Bergarbeiter, der aber vielmehr Politiker als Gewerkschafter war, und weiter den früheren Zentrumsabgeordneten Fussang.

Es ist also ganz erklärlich und eigentlich selbstverständlich, daß die Gewerkschaften von Anfang an, oder richtiger: gerade in ihren Anfängen, einen gewissen parteipolitischen Stempel getragen haben. Damit ist nicht geagt, daß sie parteipolitisch aggressiv gewesen seien; zum mindesten ist diese Aggressivität, wenn sie vorhanden gewesen ist — und die anderen behaupten das ja immer vor den anderen — sehr unterschiedlich abgestuft und selbst innerhalb der verschiedenen Gruppen durchaus nicht einheitlich gewesen. Natürlich hat im Konkurrenzkampf der verschiedenen Richtungen sich stets jede als die einzige Richtig empfohlen, wie das ja auf anderen Gebieten im Wettkampf der Parteien auch zu geschehen pflegt.

Zedenfalls ergibt sich also aus dem bisher Gesagten schon zur Genüge, daß, wenn man von politischer Neutralität der Gewerkschaften spricht, es kein Zweck ist, sie gegen die Gewerkschaften zu verwenden, sondern sie gegen die Gewerkschaften zu verwenden, da sie, wenn man von politischer Neutralität der Gewerkschaften spricht, damit nicht etwa gemeint sein kann, daß die Gewerkschaften unpolitisch sind, füch jeder Politik enthalten.

Das ergibt sich aber auch aus noch viel wichtigeren materiellen Gründen. Solange die Gewerkschaften schwach und einflusslos waren, konnten sie sich unter Umständen und mit Recht als gänzlich unpolitisch erklären, wie das in der Tat auch geschehen ist, als ihnen im Jahre 1878 durch das von Bismarck angekündigte Sozialistengebot die Vernichtung drohte. Ich spreche jetzt nur von den freien Gewerkschaften. Sie sind dann auch mit ganz wenigen Ausnahmen diesem Gesetz zum Opfer gefallen. Die wenigen Gewerkschaften, die diesem Schicksal damals entgingen, sind die zwölf Jahre hindurch, die das Sozialistengesetz während, tatsächlich politisch abstinent gewesen. Aber wie schon angedeutet, sie hatten dabei nichts verloren, weil sie an sich noch viel zu schwach waren, um Politik machen zu können.

Ganz anders liegen die Dinge heute und haben sie auch schon in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege gelegen. In dem Maße, wie die Gewerkschaften Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewonnen haben, ist ihr Wirken auch in stetig wachsendem Maße von Bedeutung für die Gesamtwirtschaft geworden und damit auch für die Wirtschaftspolitik. Wirtschaftspolitik aber ist ein Zweig, und nicht der unwichtigste, der gesamten Staatspolitik. Aber die Gewerkschaften haben auch in dem Maße, wie ihre Macht und ihr Einfluß gewachsen ist, Forderungen an die Gesetzgebung gestellt, also unmittelbare Staatspolitik getrieben. Die wichtigste und bekannteste Forderung dieser Art, die nicht erst nach dem Kriege erhoben worden ist, ist die des gesetzlichen Achtstundentages. Sie haben diese Forderung auch nicht nur für das eigene Land erhoben, sondern die internationale Regelung gefordert. Damit haben sich die Gewerkschaften auch auf das Gebiet der Außenpolitik begeben — zwangsläufig begeben müssen! —

Weiter: Der Bekämpfung der Gefahren im Berufe haben die Gewerkschaften von allem Anfang an ihre grösste Aufmerksamkeit zugewendet. Durch diese Tätigkeit ist der sanitäre Arbeiterschutz am meisten gefördert worden. Sie sind sich aber auch von Anbeginn darüber klar gewesen, daß ohne das Eingreifen der Gesetzgebung auf diesem Gebiete ihre Tätigkeit nur immer Stückwerk hätte bleiben müssen. Sie haben deshalb ungeachtet aller vereinsgelehrten und rechtlidlichen Beschränkungen und Gefahren, die in der Vorkriegszeit damit für sie verbunden waren, stets auf diese Gesetzgebung im Sinne ihrer Forderungen einzumüchten versucht — mit wachsendem Erfolge. Sie haben diese Tätigkeit bis heute noch nicht aufgegeben können, weil noch immer viel auf diesem Gebiete zu tun ist. Aber alles das war und ist in gewissem Sinne Politik!

Es ergibt sich also schon aus dem bisher Gesagten, daß unpolitische Gewerkschaften einfach unmöglich wären, weil das für sie hieße, sich selbst aufzugeben.

Die Gewerkschaften sind aber längst über das Gebiet ihrer ursprünglichen Tätigkeit: den unmittelbaren Kampf um möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, hinausgewachsen. Damit hat sich natürlich das Feld ihrer Betätigung entsprechend erweitert. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden heute vielfach schon für das ganze Reich oder für große Gebiete einheitlich geregt. Die Gewerkschaften sind also zu Regulatoren des Lebensstandards von Millionen geworden, da die getroffenen Vereinbarungen in den meisten Fällen auch für die Unorganisierten gelten. Die Gewerkschaften sind daher lebhaft daran interessiert, daß ihre Erfolge nicht durch Maßnahmen auf anderen Gebieten, sagen wir beispielweise der Handels- und Zollpolitik, aufgehoben oder wesentlich beeinträchtigt werden. Sie müssen also versuchen, direkt oder indirekt auch auf diese politischen Kategorien einzzuwirken — also sie müssen sich mit diesen politischen Fragen eingehend befassen. Ja, selbst zu eminent kulturell-politischen Fragen müssen die Gewerkschaften heute positiv Stellung nehmen!

So liegen sich noch Beispiele mannigfacher Art anführen, um darzutun, daß die Gewerkschaften nicht politische Abstinenz üben können. Natürlich aber muß ihre politische Betätigung mit ihren wirtschaftlichen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Politik lediglich um der Politik willen zu treiben, ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften. Noch weniger aber haben sie Parteipolitik zu treiben. Sie wollen und sollen den politischen Parteien ihre Arbeit nicht abnehmen, noch viel weniger dieselben erscheinen! Es ist auch das selbstverständliche Bestreben der Gewerkschaften, ihre Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien, die bestreute-

ten nicht ausgenommen, aufrecht zu erhalten und die Unabhängigkeit stets zu betonen.

Die Gewerkschaften müssen so handeln, weil sie sich sonst ihre Werbearbeit selbst erschweren, ihr Arbeitsfeld selbst einengen würden. Sie können also nicht unpolitisch — aber sie müssen parteipolitisch neutral sein!

*

Warum und was heißt: parteipolitisch neutral? Beantworten wir die zweite Frage zuerst! Parteipolitisch neutral sein heißt einmal, wie es schon angedeutet wurde, unabhängig von den politischen Parteien sein, nicht im Dienste von politischen Parteien stehen. Es heißt ferner, von den Mitgliedern oder denen, die es werden sollen und wollen, kein politisches Glaubensbekenntnis zu verlangen oder zu versuchen, ihnen ein solches aufzunötigen. Der Gewerkschaft muß jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder und jede Angestellte, genehm sein, wenn sie sich bereit erklären, die ihnen aus den Sätzen der Gewerkschaft erwachsenen Verpflichtungen zu erfüllen. Nur wer diese Verpflichtung nicht erfüllen kann oder will, kann nicht Mitglied einer Gewerkschaft sein!

Damit ist also zum Ausdruck gebracht, daß für jeden Arbeitnehmer, der mit den Mitteln der gewerkschaftlichen Praxis, auf dem Boden des Zusammenschlusses mit Seinesgleichen, seine wirtschaftliche Lage sichern und heben will, Platz in der Gewerkschaft ist — und sein muß.

Damit ist aber auch zum Ausdruck gebracht, daß für den, der bewußt und absichtlich die Gewerkschaft zum Anhänger einer politischen Partei machen will, noch gar unter Nichtbeachtung der für alle Gewerkschaften gültigen demokratischen Grundgesetze, kein Platz in den Gewerkschaften sein kann. Denn das hieße nicht mehr und nicht weniger als — Zerstörung der Gewerkschaften.

Damit kommen wir zur zweiten Frage: „Warum parteipolitische Neutralität?“

Auch der Nichtgewerkschafter wird begreifen, daß eine Gewerkschaft ihre Aufgaben nur erfüllen kann, wenn sie eine möglichst große Zahl der Arbeitnehmer erfaßt, für deren Beruf sie zuständig ist. Das Ideal jeder Gewerkschaft ist daher, alle Arbeitnehmer der in Frage kommenden Berufs- oder Industriegruppe zu erfassen.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehörten —

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehörten in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Vorher hat keine der vorhandenen Gewerkschaften dieses Ideal erreicht. Einige wenige Berufsorganisationen (des graphischen Gewerbes) kommen ihm aber ziemlich nahe. Die vollkommene Erfüllung des Ideals hätte ja auch zur Voraussetzung, daß die heute vorhandenen Gewerkschaftsrichtungen verschwinden und alle in einer gemeinsamen Organisation aufgehen müßten. Daran ist heute noch nicht zu denken; vielleicht kommt es später einmal dazu. Immerhin läßt sich sagen, daß die früheren scharfen Gegenläufe sich erheblich abgeschafft haben und auf vielen Gebieten ein für alle Teile erfreuliches Zusammenarbeiten möglich geworden ist.

Jedenfalls steht fest, daß das Retroutengesetz der Gewerkschaften noch sehr groß ist. Man nimmt an, daß es heute in Deutschland 22 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger gibt. Dazu zählen natürlich auch die Beamten. Aber abgesehen von der sehr dünnen Schicht der hochbezahlten Beamten und der gleichen Schicht von Angestellten in der Privatwirtschaft, sind auch die Beamten und erst recht die Angestellten heute der Auffassung, daß sie die gewerkschaftliche Organisation nicht entbehren können. Auch die Nichtorganisierten genießen ja heute, nach dem Stande der sozialpolitischen Gesetzgebung, die Vorteile der gewerkschaftlichen Errungenschaften. Nehmen wir also an, daß von den 22 Millionen eine halbe bis zu einer ganzen Million die gewerkschaftliche Organisation entbehren können; so bleiben noch 21 Millionen, von denen insgesamt rund 7 Millionen (Arbeiter, Angestellte und Beamte) gewerkschaftlich organisiert sind. Doppelt soviel stehen also ihren Gewerkschaften noch fern, obwohl sie, wie schon angedeutet, von deren Tätigkeit durchaus nicht unberührt bleiben. Es muß aber das Bestreben der Gewerkschaften sein, auch diese Außensteiter noch zu gewinnen. Einmal, um ihre Aktivität zu steigern, zum anderen, um ihre Errungenschaften auch in ungünstigen Zeiten erfolgreich verteidigen zu können. Denn diese Errungenschaften sind noch längst nicht absolut gesichert.

Nun verste ich aber kein Geheimnis, wenn ich sage, daß diese 14 Millionen gewerkschaftlich Unorganisierte sich auf alle Parteien verteilen, die wir heute in Deutschland haben. Und es ist ebenso unbestreitbar, daß diese Unorganisierten sich nicht in einer Wirtschaftslage befinden, die nicht verbesserrungsfähig oder verbesserrungswürdig wäre. Ihrer Wirtschafts- und Klassenlage nach gehören sie also alle in die Gewerkschaftsorganisation. Natürlich gibt es unter ihnen auch solche, die aus einer bestimmten politischen philosophischen oder religiösen Weltanschauung heraus das gewerkschaftliche Prinzip überwunden haben. Aber das ist doch nur eine verschwindende Minderheit, Millionen sind es, die solche Hemmungen nicht haben und die nur aus Gründen der Bequemlichkeit oder weil sie die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation aus anderen Ursachen ablehnen, es unterslassen, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Es ist das im allgemeinen dieselbe große Masse der Unentschlossenen, die auch bei politischen Wahlen das unberechenbare Element bilden, das aber doch alle politischen Parteien für sich zu gewinnen bestrebt sind.

Es ist also wohl ohne weiteres einleuchtend: Wollten die Gewerkschaften an diese heute noch Uninteressierten mit einem politischen Parteiprogramm herantreten oder müßten diese annehmen, daß man sie nach ihrem Eintritt in die Gewerkschaft für eine politische Partei einzufangen versuchen würde — doch damit die Gewerkschaften ihre Werbepower selbst unterbinden würden. Also um ihrer selbst willen, um der Erreichung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben und Zielen willen, müssen die Gewerkschaften parteipolitisch neutral sein, oder mit anderen Worten: sie dürfen nicht im Dienste einer bestimmten Partei stehen und dürfen sich von den politischen Parteien ihr Handeln nicht vorschreiben lassen!

Im allgemeinen hat man in den Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten auch danach gehandelt. Dass sich heute die von mir vertretenen freien Gewerkschaften gegen eine politische Einflussnahme von Links, zur Wehr setzen müssen, sehe ich als allgemein bekannt voraus. Ueberhaupt sind es ja auch nur die freien Gewerkschaften gewesen, in denen in früheren Jahren um diese Frage, zum Teil recht leidenschaftlich, gestritten worden ist. Damit komme ich zum historischen Teil meines Themas.

Ich sagte eingangs, daß an der Wiege der freien Gewerkschaften ausgesprochene Parteipolitiker wie Lassalle, Schweizer, Bebel und Liebknecht gestanden haben. Wer die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei kennt, weiß, daß es in den sechziger Jahren zwei Richtungen in ihr gab: auf der einen Seite die Lassalleaner, auf der anderen die Eisenacher, deren bekanntester Vertreter Bebel und Liebknecht (der Vater) waren. Die beiden Richtungen haben jahrelang in heftigster Feindseligkeit gegeneinander gestanden. Beide Richtungen propagierten auch den Gewerkschaftsgedanken. Aber wie in ihren politischen Grundanalogien, so gingen die Meinungen auch in der Gewerkschaftsfrage sehr weit auseinander.

Lassalle vertrat die Auffassung, daß die Gewerkschaftsbewegung niemals in der Lage sein würde, für die Arbeiterschaft nachhaltige und dauernde Erfolge zu erringen. Er hat diese Anschauung in klassischer Form in dem von ihm formulierten sogenannten Eisenacher Lohngebot niedergelegt. Er sagt darin im wesentlichen, daß sich die Lage der arbeitenden Klasse im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft niemals über einen bestimmten, nur wenig vom sogenannten Existenzminimum entfernten Punkt erheben könne, weil dann Gegentendenzen auftreten, die die Lebenshaltung wieder herabdrücken müssen. Für ihn und ebenso für seinen Nachfolger Schweizer war daher die Gewerkschaftsorganisation nur ein Mittel zur revolutionären Schulung der Arbeiter, oder, wie man es auch genannt hat, eine „Retroutenschule der Sozialdemokratie“. Nach dieser Auffassung war die Gewerkschaft also tatsächlich nur ein Anhänger einer bestimmten politischen Partei. Die Eisenacher hingegen, die schon damals die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung anders und richtig beurteilt, treten von Anfang an für die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften ein. Sie haben damals schon erkannt, daß die Gewerkschaften Massenorganisationen sein, und um das werden zu können, allen Arbeitnehmern offenstehen müßten, ohne Rücksicht auf ihre politische und religiöse Anschauung. Der Kampf um diese Frage hat sich hingezogen bis in die siebziger Jahre. Es ist darüber niemals zu einer einheitlichen Auffassung gekommen. Nur die Lassalleaner führten die ehemaligen Retrouten noch längere Zeit an dieser Auffassung festgehalten. Seit Jahrzehnten aber ist auch sie gänzlich abgetan. Am schärfsten und unzweideutigsten haben sich damals schon die Buchdrucker zur strikten parteipolitischen Neutralität bekannt. Daß sie heute noch konsequente Haltung zurückzuführen.

Als im Jahre 1878 das Sozialistengesetz am politischen Horizont auftauchte, das auch jede sozialpolitische Tätigkeit der Gewerkschaften bedrohte, verübt die Gewerkschaften der befürchteten Auflösung dadurch zu entgehen, daß sie nunmehr alles zu vermeiden suchten, was ihnen irgendwie einen „politischen“ Anstrich zu geben geeignet war. Es hat ihnen nichts geholfen. Sie wurden, wie sie erwähnt, bis auf einige wenige, verboten.

In den 12 Jahren des Sozialistengesetzes ruhte durchaus nicht die gewerkschaftliche Agitation. Als nach dem Fall dieses Gesetzes im Jahre 1890 der Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung in Angriff genommen wurde, tauchte auch erneut die alte Streitfrage auf: Sollen die Gewerkschaften parteipolitisch neutral sein oder sollen sie (d. h. eben nur die freien Gewerkschaften) zugleich auch sozialdemokratische Politik treiben. Es hing das Wiederauftauchen dieser Frage aufs engste zusammen mit dem durch das Sozialistengesetz begünstigten Aufkommen der sogenannten sozialistischen Richtung, die man zugleich als die Keimzelle der späteren „anarchosyndikalistischen“ und der syndikalistic (unionistischen) Bewegung ansprechen kann. Die übergroße Mehrheit der Gewerkschaften entschied sich auch jetzt wieder für die Unabhängigkeit von jeder politischen Parteibewegung, d. h. für die parteipolitische Neutralität in dem Sinne, daß jedem Berufsangehörigen der Beitritt zu seiner Berufsorganisation freistand, ohne Rücksicht auf seine politische Anschauung. Aber natürlich gab es auch jetzt noch immer verschiedene Auffassungen über das innere Verhältnis zu der damaligen alleinigen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie. Es war das nicht zum wenigsten bedingt durch die Tatsache, daß genau so wie heute eine Anzahl Gewerkschaftsführer zugleich Reichstagsabgeordnete waren und als solche der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angehörten. Weiter kam in Betracht, daß in der Vorkriegszeit verhältnismäßig — ich sage ausdrücklich: verhältnismäßig — mehr als heute die Mitglieder der freien Gewerkschaften sich politisch zur Sozialdemokratie bekannten und deshalb auch nichts dagegen einzuwenden hatten, wenn die Politik ihrer Gewerkschaften sozialistisch orientiert war. Als drittes Moment kam in den Jugendjahren der Gewerkschaftsbewegung hinzu ihre relative Schwäche — mit der fast immer Hand in Hand zu gehen pflegt ein starker Widerstand. Ein Neuaufleben des Streites erfolgte im Jahre 1905 im Anschluß an den Kölner Gewerkschaftskongress. Der Anlaß dazu war die Frage des politischen Mutterrechts, für den sich der Zentraler Parteitag der Sozialdemokratischen Partei entschieden — und den der Gewerkschaftskongress abgelehnt hatte. Um darzutun, daß es sich hierbei lediglich um einen — allerdings lebenswichtigen! — taktischen Meinungsunterschied und nicht um eine grundästhetische Abfrage an die Sozialdemokratie handele, hatte der Vorsitzende des Kongresses, Bömelburg, die Tagung mit den Worten geschlossen: „Partei und Gewerkschaften sind eins!“ Bömelburg hatte nur die geistige Einheit betonen wollen, obwohl ja auch darüber durchaus keine einheitliche Auffassung bestand; und er wollte weiter den üblen Eindruck etwas mildern, den das ablehnende Votum des Gewerkschaftskongresses zum mindestens in einem Teile der Partei erwecken mußte und tatsächlich erweckt hat. Abgesehen davon ist aber auch ein Teil der Gewerkschaften damals schon von diesem Ausspruch abgerückt und hat ihm eine Deutung gegeben, die jede den Gewerkschaften ungünstige und schädliche Auslegung ausschloß.

Der Streit ist dann auch in wenigen Jahren abgeebbt, die Gewerkschaften haben ihre Auffassung, wie ich sie hier dargelegt habe, durchgesetzt. Sie sind auch gewillt, sie weiterhin gegen alle andersartigen Ansprüche und Angriffe zu verteidigen. Jede andere Politik der Gewerkschaften mußte zum Schaden nicht nur der Gewerkschaften, sondern weit darüber hinaus zum Schaden aller aus-

schlagenden, deren Schicksal heute schon — sie mögen es wollen oder nicht — mit dem Gedanken und dem Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung aufs engste verknüpft ist.

Ich resümieren: Die Gewerkschaften können, wenn man politische Neutralität politischer Abstinenz gleichsetzen will, nicht unpolitisch sein — sie müssen aber im Interesse ihres großen und noch immer im Wachschreiten befindlichen Anhangs parteipolitisch neutral sein. Das schließt nicht aus, bedingt es sogar, daß sie mit den ihnen bestreuten politischen Parteien in stetem Kontakt stehen. Sie müssen das aus dem Grunde, weil sie selbst keine Vertreter in die gesetzgebenden Körperschaften entsenden und deshalb die ihnen nahestehenden Parteien dazu benötigen, daß diese sich zum Dolmetscher der Anforderungen und Wünsche machen, die die Gewerkschaften an die Gesetzgebung zu richten haben.

Das sind aber im großen und ganzen auch heute noch dieselben Parteien, die einstmals an der Wiege der Gewerkschaften gestanden haben.

Die schlechter entlohnte Frauenarbeit

Der ständige Ausschluß für Frauenarbeit des Internationalen Frauenbundes hat kürzlich eine Umfrage veranstaltet, die von 16 Staaten beantwortet wurde. Aus diesen Antworten geht hervor, daß die Frauenarbeit in den meisten Industrieländern wesentlich schlechter bezahlt wird als die Männerarbeit. Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Leistung“ ist also nirgends zur Durchführung gekommen. In Deutschland ist der Unterschied sehr groß. Im Durchschnitt erhalten Arbeitnehmer nur 60 bis 75 v. H. der Löhne, die für männliche Arbeitskräfte der gleichen Vorbildung und der gleichen Gruppe gezahlt werden. Auch in Großbritannien ist ein Unterschied, wenn auch nicht in der Höhe vorhanden. In der englischen Textilindustrie sind die Stücklohnsätze die gleichen für beide Geschlechter, wenn Männer und Frauen die gleiche Arbeit leisten. Aus Holland wird berichtet, daß die Frauenlöhne durchschnittlich im ganzen Lande hinter den Männerlöhnen zurückbleiben. In der Konfektion und Schneiderei kann das überschreiten die Männer- die Frauenlöhne durchschnittlich um 20 bis 50 v. H. In der „Vossischen Zeitung“, deren Nr. 448 wir diese Angaben entnehmen, heißt es bei Kanada: „Diese Unterschiede sind geringer, wo die Gewerkschaften Abmachungen mit den Arbeitgebern getroffen haben, höher, wo solche Abmachungen fehlen.“ Das ist deutlich genug. In der Textil- und Schuhindustrie Norwegens beträgt der Stundenlohn in der erstengenannten für Männer 142,2 Daler, für Frauen 79,6 Daler, in der zweiten für Männer 148 und für Frauen 90 Daler. Der Unterschied ist also hier sehr groß. Sehr bedeutend ist auch der Unterschied in Österreich. Der Durchschnittslohn des gelernten Facharbeiters beträgt 54,72 Schilling und der der gelernten Facharbeiterinnen 28,72 Schilling. In Polen beträgt der Unterschied zwischen Männer- und Frauenlohn 30 bis 50 v. H. In der Schweiz verdienen die Frauen ebenso weniger. In der Nahrungsmittelindustrie beträgt der Lohn ungelerner Arbeiterinnen 65 bis 73 v. H. und in der Feingerberei nur etwa 45 v. H. der Männerlöhne bei gleicher Arbeit. Interessant ist es, was über die Vereinigten Staaten von Nordamerika berichtet wird: „Selbst in den Vereinigten Staaten besteht der gleiche Unterschied wie in den Industrieländern des alten Europa. Die kurze und bündige Antwort auf den ausgestandenen Fragebogen lautete: „Der Unterschied zwischen einem Viertel und der Hälfte.“ Das schlägt sogar alles, was in Europa festgestellt werden konnte. Für Arbeiterinnen ist Amerika also keinesfalls das gelobte Land, als das es so oft hingestellt wird.“

Es wird also noch viel zu tun sein, ehe das Recht der Frauen anerkannt wird, für gleiche Leistung den gleichen Lohn zu erhalten. Die alte Ausrede, daß die Frauen meistens keinen eigenen Haushalt zu versorgen haben, trifft immer weniger zu. Nicht zuletzt liegt die Benachteiligung der Frau im gewerblichen Leben an deren geringerer Aktivität. Würden die Frauen mit dem gleichen Eifer wie die Männer ihr Recht auf eine angemessene Bezahlung verteidigen, dann würde es in vieler Beziehung besser um sie stehen. Hoffentlich wird in Kreisen der arbeitenden Frau die gewerkschaftliche Selbsthilfe in Zukunft besser bewertet.

Notwendige Wohnungsreform

Die Frage der Wohnungsreform ist zweifellos eine der wichtigsten Fragen der Sozialpolitik überhaupt. Man muß sich darüber klar sein, daß der heutige Wohnungsbau nicht den Anforderungen entspricht, die man aus ethischen Gründen an ihn stellen muß. Der gesundheitliche Zustand eines Volkes ist in hohem Maße abhängig von den Wohnungen. In schlechten Wohnungen, die weder genug Luft noch Licht und Raum bieten, können die Bewohner nicht gesund sein. Und Tatsache ist, daß ein erheblicher Teil der Erkrankungen durch die schlechten Wohnungsverhältnisse verursacht wird. Je enger die Wohnräume, desto größer die Gefahren der Übertragung einer ansteckenden Krankheit. Aber auch der Sterblichkeitsgrad wird durch die Wohnverhältnisse wesentlich beeinflußt. Der Zusammenhang zwischen einer hohen Sterblichkeitsziffer und schlechten Wohnräumen ist so augenfällig, daß niemand die Tatsache übersehen kann.

Untersuchungen, die in dieser Richtung angestellt worden sind, haben mit aller Deutlichkeit den Beweis dafür erbracht. Ermittelt wurde, daß die Sterblichkeit unter dem Teil der Bevölkerung am größten ist, der in Kellerwohnungen wohnt oder nur ein Zimmer als Wohnraum hat. Von 1000 Verstorbenen starben in Berlin im Keller 35, im Erdgeschoss 29, und im ersten Stock 28. Man sieht, daß die Sterblichkeitsziffer im Keller erheblich größer ist als im ersten Stockwerk. Im zweiten Stock steigt nach den Ermittlungen die Sterblichkeitsziffer wieder auf 29, im dritten Stock auf 30 und im vierten Stock auf 32. Es ergibt sich daraus, daß die Sterblichkeitsziffer in den mittleren Stockwerken am niedrigsten ist. Diese Abstufungen des Sterblichkeitsgrades nach Stockwerken geben aber noch mehr zu erkennen. Sie spiegeln auch das Einkommen wieder. Man muß hierbei berücksichtigen, daß im ersten und zweiten Stock die Wohnungen zumeist aus mehreren Räumen bestehen. Sie werden daher nur von solchen mit auskömmlichem Einkommen bewohnt, während im Keller und in den oberen Stockwerken die Minderbemittelten wohnen.

Auch die Zahl der bewohnten Zimmer beeinflusst die Sterblichkeit. Die Berliner Ermittlungen ergaben hier, daß von je 1000 Verstorbenen 163,5 in Wohnungen mit einem Zimmer, 22,5 in Wohnungen mit zwei Zimmern, 7,5 in Wohnungen mit drei Zimmern und 5,4 in Wohnungen mit vier Zimmern starben. Der Sterblichkeitsgrad ist danach, wie die Feststellungen einwandfrei ergeben, in den Wohnungen mit einem Zimmer am größten. Je größer die Zimmerzahl, desto niedriger die Sterblichkeitsziffer. Auch hierbei spielt natürlich die Einkommensverhältnisse wieder eine bedeutende Rolle. Der Arbeiter mit seinem Einkommen kann bestens eine Zweizimmerwohnung bewohnen. In den großen Wohnungen wohnen die mit hohem Einkommen, deren Lebensführung nicht den Beschränkungen unterworfen ist.

Diese Feststellungen zeigen, in welcher Richtung die Wohnungsreform durchgeführt werden muß. Es kommt darauf an, daß auch die Kleinstwohnungen ausreichend Licht, Luft und Raum bieten. Die Wohnungen in den großstädtischen Mietkasernen sind weit entfernt davon. Tatsache ist doch, daß die Wohnungen in den Hinterhäusern und Quergebäuden zum größten Teil kein Sonnenlicht haben. Auch die Luft ist schlecht und unzureichend. Und was die Raumverhältnisse anbetrifft, so sind sie oft mehr als eng und dürrig. Zudem werden die engen Räume zumeist von mehreren Personen, Erwachsenen und Kindern, bewohnt. Daß unter diesen Umständen der gesundheitliche Zustand nicht gut sein kann, ist durchaus verständlich. Der Luftraum eines Zimmers soll für eine erwachsene Person mindestens 15 Kubikmeter, für ein Kind mindestens 10 Kubikmeter umfassen. Der moderne Wohnungsbau berücksichtigt diese hygienischen Erfordernisse in weitestgehendem Maße, aber die Altwohnungen sind keineswegs gesundheitsfördernd.

Wie die Sterblichkeit sinkt, wenn die Wohnungen genügend Licht und Luft bieten, geht am besten daraus hervor, wenn man die Sterblichkeit in den Städten mit der auf dem Lande vergleicht. In Preußen kommen auf 30 Verstorbene auf dem Lande 34 Verstorbene in der Stadt. In England ist die Zahl der in den Städten Verstorbene sogar noch um einen Verstorbene größer. Es zeigt sich hier, daß Licht und Luft wesentlich zur Verminderung der Sterblichkeitsziffer beitragen. Die Raumverhältnisse der Wohnungen sind auf dem Lande nicht viel besser als in den Städten. Die Landarbeiterwohnungen sind bekanntlich zumeist noch schlechter als die Wohnungen des großstädtischen Proletariats. Wenn trotzdem hier der Sterblichkeitsgrad geringer ist, so zeigt uns dies, wie notwendig Licht und Luft zur Verlängerung des Lebens sind.

Man kann nicht die gegenwärtige Zeit allein, mit ihrer Profitsucht nach riesigen Baugewinnen, für den unzureichenden, ungesunden Wohnraum verantwortlich machen. Die Mietkasernen, die Bruststätten allen Elends, sind in einer früheren Zeit entstanden. Hauptsächlich im 19. Jahrhundert, als die Industrie rasenden Aufschwung nahm, als die Massen in die Städte strömten, um hier in den Fabriken Arbeit anzunehmen, da schlossen allerorts

die Mietkasernen wie Pilze aus der Erde. Man ging nicht in die Breite, sondern in die Höhe, und das ist der größte Fehler, der begangen wurde. Die damals aufkommende Bodenspekulation hat wesentlich dazu beigetragen, daß solche Zustände eintreten konnten. Der Bodenpreis stieg rapide in die Höhe, und die Bauherren, die Geld sparen wollten, errichteten auf kleiner Fläche hohe Häuser mit zahllosen Wohnungen. Daß diese Wohnungen keine Sonne hatten und im höchsten Grade ungefund waren, kümmerte sie nicht. Die Luft kostet nichts, aber jeder Quadratmeter Boden verschlingt Geld. Dem Reichum auf der einen Seite, dem Wohnungslugus, der sich in vornehme Villenkolonien entwidet, steht auf der anderen Seite ein Wohnwesen gegenüber, das in lichtlosen, von vier bis sechsstöckigen Häusern umgebenen Höfen ein erbarmungsloses

Arme-Leute-Milieu schafft.

Die Wohnung soll den Menschen nicht herabdrücken, sondern emporheben! Der moderne Wohnungsbau hat die Aufgabe, das kulturelle und gesundheitliche Moment in den Vordergrund zu stellen. Die Wohnung ist die Grundlage der Existenz, sie muß dem Menschen zu einer angenehmen Aufenthaltsstätte gemacht werden, wo er Erholung und Ruhe suchen kann und findet. Und gerade die minderbemittelte Bevölkerung hat einen Anspruch auf eine gesunde Wohnung. Die Arbeit und das Tempo unserer Zeit stellen an jeden einzelnen die höchsten Anforderungen. Nach vollbrachter Tagesarbeit in einem gesunden Heim leben und wohnen zu können, das gibt wieder neue Schaffenskraft und Freude am Dasein.

N.

Das Anwachsen des geistigen Proletariats

Es ist eine besondere Erscheinung der Nachkriegszeit, daß breite Kreise der Bevölkerung von einem Bildungstum befangen sind. Die Bildungsinsflation feiert wahre Orgien. Ein riesiger Aufwand an Zeit und Geld wird nutzlos ohne entsprechenden volkswirtschaftlichen Gewinn vertan. Neben dieser unerfreulichen Erscheinung berichtet ein akademischer Beraterberater beim Arbeitsamt Frankfurt a. M. in Heft 27 des Reichsberichtsblattes. Er wendet sich gegen den unnatürlichen Glauben an den Berechtigungsschein und gegen die Übersteigerung der Bedeutung des schulmäßigen Wissens. Die Folge ist ein gewaltiger Überschuß von Akademikern auf allen Gebieten. Die Akademiker hätten außergewöhnliche Schwierigkeiten, in der Praxis unterzukommen. Das führt der Verfasser auf zwei Gründe zurück:

1. auf die allgemein zu beobachtende Überfüllung aller Berufe

und 2. auf die vielfach mangelhafte Schulung des Anwärters für die praktischen Erfordernisse seines zukünftigen Berufes. Zusammenfassend wird die Überleitung ungewöhnlich studierender beurteilt:

„Die ständig gestiegene Frequenz in den höheren Schulen und das damit verbundene immer stärkere Eindringen von ungeignetem Nachwuchs in die Hochschulen hat eine weitere arbeitsmarktpolitische Folge. Die Hochschulen versuchen, eine verschärfte Auslese durch das Anziehen der Examenschraube herbeizuführen, und die Zahl der Examenschiffbrüchen ist daher ständig im Wachsen. Daraus ergibt sich für die akademische Beraterberatung und Stellenvermittlung ein drittes Problem: Die Überleitung der für ein Studium ungeeigneten Personen in nichtakademische Berufe. Die Unterbringung, selbst wenn der Betreffende bereit ist, ein volles Lehrerhältnis einzugehen, gestaltet sich außerordentlich schwierig, da die meisten Firmen ausgesprochenen Misstrauen gegen Akademiker hegen, die ihr Studium abgebrochen haben; sie sind also leicht geneigt, diese auch für praktische Berufe ungeeignet zu halten. Zudem glauben viele, von dem jungen Akademiker ein mangelndes Unterordnungsgefühl befürchten zu müssen. Unter dem Druck der Verhältnisse wenden sich dann viele Akademiker dem Gelegenheitsdienst oder Beruf des Provisionsreisenden zu und verlieren bald jeden Anspruch an eine geregelte Berufsverhältnisse. Zahllose Arbeitsträger, die, an die richtige Stelle gesetzt, noch wertvolle Arbeit leisten könnten, gehen so dem Arbeitsmarkt völlig verloren. Hier finden wir geistiges Proletariat in wahrsten Sinne, und es wird der Zusammensetzung aller beteiligten Kreise bedürfen, um hier dem Staatsleben drohende Gefahren abzuwenden.“

In der Tat wird hier auf ein Problem hingewiesen, das schwere Gefahren in sich birgt. Letzten Endes könnte diese Entwicklung derartig um sich greifen, weil die Handarbeit so äußerst niedrig bewertet wird. Viele fühlen sich zu etwas Höherem geboren mit dem Resultat, daß sie dem rauhen Leben hilflos gegenüberstehen.

Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften

„Frühzeitig hatten die deutschen Gewerkschaften die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften erkannt. Nicht nur als Organisationen zur Konzentration der Kaufkraft der Verbrauchermassen im allgemeinen, sondern in noch höherem Maße wegen der in dieser Tatsache ohne weiteres in die Erscheinung tretenden Erhöhung und Sicherung des Realeinkommens der gewerkschaftlich organisierten Beamten, Angestellten und Arbeiter. Bildet doch diese genossenschaftliche Sicherung des von den Gewerkschaften durch Tarif- und Lohnvereinbarungen allmählich erhöhten Realeinkommens ganz einfach eine Ergänzung der gewerkschaftlichen Tarifaktionen. Denn: abgesehen von der Erhöhung der Kaufkraft des Einkommens an sich, welche jedem Mitglied einer Konsumgenossenschaft durch die aus Großzinskauf und Ersparnis an Unlusten entstehende Rückverzüglichkeit zugute kommt, bildet die Konsumgenossenschaft durch Regulierung der Warenpreise eine Sicherung dagegen, daß durch die willkürliche Erhöhung derartiger Tarifaktionen die Gewerkschaften in höheren Lönen wieder verloren gehen. Eine sozusagen amtliche Bestätigung der beiden Tatsachen — Erhöhung der Kaufkraft und Sicherung des Realeinkommens — bildet die zur Reichsantrittszeit Dr. Luther's von ihm einer Beamtendelegation gegenüber gemachte Empfehlung der Konsumgenossenschaften als Einkaufsorganisation zur Erhöhung des Lebensstandards, da zur Zeit dem Reiche die Mittel zur Erhöhung der Beamtengehälter fehlten. Auch die Tatsache, daß bei Erhöhung der Beamtengehälter in Vor- und Nachkriegszeiten Miet- und Warenpreise automatisch „anzogen“, zeigt den Gewerkschaftsmitgliedern im besonderen die große wirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Gewerkschaften.“

Es ist daher kein Wunder, wenn die Gewerkschaften in erhöhtem Maße die Förderung und Stärkung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung in ihr Programm aufgenommen haben, nachdem sie selbst, über ihre früheren Aufgaben hinauswachsend, das Problem Wirtschaftsdemokratie zu meistern trachten.

Umgekehrt wissen auch die Konsumgenossenschaften die in einer starken Gewerkschaftsbewegung wurzelnden Wirtschaftskräfte und ihren organisatorischen Einfluß auf die Gesetzgebung in vollem Umfang zu würdigen. Die Arbeitermassen als Verbraucher bilden die breite Grundlage der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung, welche die organisierte Warenversorgung mit der daraus sich entwidelnden genossenschaftlichen Eigenproduktion zum Ziel hat. Aber weiterhin: der große politische Einfluß der Gewerkschaften im Reichstag und bei den Regierungen des Reichs und der Länder kommt, je länger je mehr, auch den Konsumgenossenschaften zugute für die infolge genossenschaftsgesetzlicher Bestimmungen und ihrer Mitgliederstruktur jede politische Bestätigung „heiles Eisen“. Zur politischen Präzision gezwungen, sind sie darauf angewiesen, den politischen Einfluß der Gewerkschaften zu beanspruchen, wenn ihrer Weiterentwicklung durch die Gesetzgebung und Steuerliche Rechtsprechung Gefahr droht. Daß die Sozialdemokratie als einzige politische Partei den „Belangen“ der Konsumgenossenschaften aus Prinzip und vorbehaltlos Rechnung trägt, braucht als selbstverständlich kaum erwähnt zu werden.

So ist es denn kein Wunder, daß sich zwischen den Gewerkschaften mit ihren 5 Millionen Mitgliedern und den Konsum-

genossenschaften mit ihren 3½ Millionen Mitgliederfamilien eine Interessengemeinschaft herausgebildet hat, die aber nicht nur im rein Wirtschaftlichen, sondern auch im Ideellen wurzelt. Die Zusammenarbeit der beiden größten Wirtschaftsorganisationen, welche sich automatisch aus ihrem Wesen ergibt und gegenseitige Ergänzung bedeutet, zeigt sich auch initiativ in der Errichtung des gemeinnützigen Hamburger Versicherungsunternehmens „Volksfürsorge“ und im Wirtschaftsausschuß des Volksbundes gegenüber den rein kapitalistisch eingestellten Führern der Privatwirtschaft.

Im ganzen bilden Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften zwar starke Wirtschaftsorganisationen, die im Bewußtsein ihrer gegenseitigen Aufgaben und Interessen bestimmenden Einfluß auf die gefaßte Volkswirtschaft gewinnen werden. Zum Nutzen des Volksganzen.

Die österreichischen Konsumgenossenschaften

„Da der politische Ansatzgedanke der deutschen Oesterreicher hüben wie drüber die unabsehbare Realität der Erfüllung in sich trägt, so viel auch Hemmungen auf seinem Wege liegen mögen, so ist alles, was „da drüber“ vorgeht, auch bei uns hüben von besonderem Interesse. So interessiert uns auch die Konsumgenossenschaftliche Bewegung Österreichs, welche das Wirtschaftsleben eines deutschen Volks Teils widerspiegelt. Es gehört mit zu dem Gedächtnis, was sich als Folgewirkung des Weltkrieges unseres Blutes darbietet. Und wenn die österreichische Konsumvereinsbewegung heute nicht mehr wie während der Zeit vor dem Kriege mit beachtenswerten Zahlen und Tatsachen sich an die Seite anderer großer nationaler genossenschaftlicher Wirtschaftsbewegungen stellen kann, so ist ja nicht nur die Zerschlagung des politischen Gebildes Österreich-Ungarn daran schuld, sondern auch die Tatsache, daß in dem nun als reindeutsche Staaten gebildete vorhandenen Österreich die Industrialisierung nur kleine Fortschritte machen kann. Die in kleinen Gemeinden zerstreuten Alpenbewohner bieten eine schwache Entwicklungsgrundlage für mittlere oder gar große konsumgenossenschaftliche Verbraucherorganisationen. Im Anschluß an Deutschland wird auch hierin eine Änderung zugunsten der deutsch-österreichischen Wirtschaft eintreten.“

Der Verband österreichischer Konsumvereine zählte im Jahre 1928 nur noch 108 Einzelgenossenschaften mit 255 614 Mitgliederfamilien, da die Entwicklung zur Konzentration im besonderen da einzeln mußte, wo die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse die Existenz kleiner Gebilde am schwersten bedroht. Bei einem Gesamtbewohnerzähler von rund 7 Millionen Menschen beträgt der Anteil der Konsumvereinfamilien etwa 14,5 Prozent, was unter den erwähnten Umständen durchaus beachtenswert ist. Der Gesamtzähler betrug 148 867 717 Schilling oder rund 89,3 Millionen Mark (1 Schilling zu 60 Pfennig); im Durchschnitt der Mitgliederfamilie 582 Schilling oder 349,20 Mark. Der Durchschnittszähler bleibt demnach gegenüber dem deutschen mit rund 389 Mark nicht sehr weit zurück und er dürfte auf verhältnismäßig gleicher Höhe stehen, wenn man berücksichtigt, daß die Entwicklung der Eigenproduktion der großen deutschen Konsumvereine ihren Mitgliedern doch ganz andere Versorgungsmöglichkeiten bietet, als es den österreichischen Konsumvereinen möglich ist. Der Überschuß im Jahre 1928 betrug rund 2 Millionen Schilling oder 1,2 Millionen Mark. Er ist also sehr gering und man wird mit der Erklärung nicht fehl gehen, daß die österreichischen Konsumgenossenschaften noch länger und schwerer um ihre durch die Inflation und den wirtschaftlichen Zusammenbruch bedrohte Existenz zu kämpfen hatten als die deutschen. Denn erst jetzt können sie wieder zur Auschüttung einer Rückvergütung übergehen. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt auch die Entwicklung des Umsatzes eine besondere Bedeutung. Denn es kann nach allen gemachten Erfahrungen keinem Zweifel unterliegen, daß ein finanziell sichtbarer Wirtschaftsnutzen den stärksten Anreiz zur Steigerung des Warenumsatzes und der genossenschaftlichen Organisation überhaupt bildet. Die materialistische Gesichtsauffassung hätte jedoch ihren Sinn verloren.“

Wie schwer die österreichische Bewegung arbeitet, geht auch daraus hervor, daß die Geschäftsanteile der Mitglieder erst wieder 2,21 Millionen Schilling oder 1,32 Millionen Mark betragen, d. h. pro Mitglied 5,17 Mark, während in Deutschland der vierfache Satz erreicht ist. Den Ausgleich für die notwendigen Betriebsmittel zur weiteren geschäftlichen Entwicklung bilden die 19 Millionen Schilling oder 11,42 Millionen Mark Spareinlagen, die auch in Österreich einen starken Vertrauensposten bedeuten. Dem Betriebskapital sind auch noch 8 Millionen Schilling oder 4,8 Millionen Mark Reserven zuzurechnen — Beträge, die allerdings in jedem einzelnen deutschen Revisionsverband vorhanden oder weit überschritten sind. Einen dunklen Punkt bedeuten die Ausstände der Mitglieder mit rund 4 Millionen Schilling oder 2,4 Millionen Mark, aber sie bilden einen Großmeister für die Notlage der österreichischen Bevölkerung und ihrer Wirtschaft, hervorgerufen nicht zuletzt durch ein Siegerdiktat, das einen blutigen Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker bildet.

Im übrigen: die Konsumgenossenschaftliche Bewegung Österreichs ist von einer starken geistigen Aktivität beherrscht und auch sie bietet die Grundlagen zur Erziehung von Wirtschaftsführern für eine demokratische Wirtschaftsform, die den Kern einer neuen Wirtschaftskultur bilden wird. Insbesondere im einstmaligen Verband mit der deutschen Konsumvereinsbewegung.

NEUE BUCHER- U. ZEITSCHRIFTEN



Ratgeber für die Jugendfürsorge, gemeinschaftlicher Führer durch das Reichsjugendwaffengesetz, das Jugendgerichtsgesetz und das Eltern- und Kindesrecht des B.G.B. von Hans Rüttel und Richard Heinze. Oberrechtsrat beim Stadtjugendamt Herne i. W., 44 Seiten, Verlag Friedr. O. Wörfel in Leipzig C. I., Königstr. 20 B. Einheitspreis 70 Pf., bei Warteschließstellen von 10 Stück an Ermäßigung. — Mit besonderem Blick für das Wohl der Jugendlichen haben die beiden Verfasser die für die Praxis wichtigen Fragen des Jugendrechts zusammengefaßt. Die Bestimmungen des Reichsjugendwaffengesetzes über den Schutz der Pflegeländer und der unehelichen Kinder, die Schutzhaft und die Fürsorgeerziehung werden ebenso erläutert wie die Jugendgerichtsfälle und die Vorschriften des B.G.B. über elterliche Gewalt, Vormundschaft, Pflegestafft, Aenderung der rechtlichen Stellung und des Personenstandes des Kindes. Die Bestimmungen über religiöse Kindererziehung verpolstern das empfehlenswerte Werk, das jedem zugänglich gemacht werden sollte, der als Helfer, Vormund, Pfleger usw. ehrenamtlich in der Jugendfürsorge tätig ist oder sonstwie an dem Jugendwaffengesetz interessiert ist.

Albert Bittsen, Abenteuer im Elsässer! Aus dem Schwedischen übersetzt von Helen Wobst. Illustriert von Erik Winkler. Preis 3 M. — Über die Polarisierung haben die Elsässer und Gelreiten die Bitter geschrieben. Aber die Dichter haben sich noch nicht in die Regionen der ewigen Käfe gewagt. Hier und da hat seine Phantasie nördlich von Spitzbergen spazieren gehen, aber mehr als eine Limonade aus Eiswasser und blauer Romantik gelang ihm nicht. Albert Bittsen ist wohl der erste Poet, der das Elsässer kennt und der aus wirklich erlebten Geheimnissen Novelles formt. Das ist natürlich ganz etwas anderes, als was bisher über das Dasein der Eiswaffenhörner erzählt wurde. Bittsen weiß es, daß auch in der Nacht des Eis es den menschlichen Leidenschaften vergriffen werden, von dem Hunger nach Profit und dem Kanis um das Brot und das Weiß. Vor einem grandiosen Hintergrund, vor Unendlichkeiten des Eis, vor gewaltigen Fjorden, spielen sich erregte Tragödien ab. Die Befreiung und Eisneinfahrer werden von harten Befreiungen, hinter denen ein noch härteres Gesetz steht, in die Finsternis, in Kampf und Tod geschickt, hart ist das Leben und nur in höchster Not gehämmerte Freundschaft läßt das Dasein erträglich werden. Es sind wortkarge und finstere Männer, die durch die Novellen von Albert Bittsen gehen. Grauen und Entsetzen regieren, aber wenn dann